



# Gedenkstätten Bundbrief

33 - 19

- 3 Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund und die Entwicklung einer Deckerinnerung an den Nationalsozialismus  
*Knud Andresen*
- 13 Das Berliner Themenjahr 2013: Zerstörte Vielfalt  
*Rainer E. Klemke*
- 23 Gedenkstätten Brandenburg an der Havel –  
Neue Forschungsergebnisse zur Geschichte des Strafvollzugs  
zwischen 1920 und 1945  
*Sylvia de Pasquale*
- 30 Gedenk- und Informationsort Tiergartenstraße 4  
*Stefanie Endlich*
- 39 Veranstaltungshinweise
- 44 Literaturhinweise

Titelfoto: Porträtausstellung des Programms »Zerstörte Vielfalt – Berlin 1933 – 1938 – 1945« im Berliner Lustgarten.  
Siehe auch den Beitrag zum Berliner Themenjahr 2013 von Rainer E. Klemke in diesem Heft. Foto: Kulturprojekte Berlin

# Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund und die Entwicklung einer Deckerinnerung an den Nationalsozialismus<sup>1</sup>

*Knud Andresen*

Wir alle wissen, dass Erinnerung in einer Gemeinschaft von bestimmten Interessengruppen funktionalisiert wird und unverzichtbar für soziale Binnenintegration, Identitätsbildung und Herrschaftslegitimierung ist.<sup>2</sup> Diese Zusammenhänge erscheinen jedoch in der Forschung oft wie eine black box. Kaum lässt sich beim Thema Identitätsbildung sagen: Wer hat wann was wie gemacht? Meiner Meinung nach lassen sich diese Fragen durch die beispielhafte Untersuchung eines geschichtspolitischen Akteurs – wie z.B. dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund (SHHB)<sup>3</sup> – auflösen.

Um im Bild dieser Tagung zu bleiben: Das Wirken dieses Verbandes zieht sich vertikal durch alle Schichten von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus war dabei naturgemäß eine besondere Herausforderung.

Meine These lautet: Der Heimatbund beschäftigte sich in den hier betrachteten Zeiträumen, direkt nach Ende des Krieges bzw. 1975 bis 1985, niemals direkt mit der Erinnerung an das »Dritte Reich«, aber sein gesamtes geschichtspolitisches Wirken stellt jeweils zeitbezogen die reflexhafte Entwicklung einer Art »Deckerinnerung« dar, in deren Schutz Identität vermittelt werden sollte. Dieser Begriff stammt aus der Psychoanalyse und meint Erinnerungen, die in den Vordergrund gestellt werden, um das Selbstbild zu schützen. Die gefährlichen Erinnerungen, Scham und Schuld, können so verdeckt werden.<sup>4</sup> Meiner Meinung nach wurden die für die konservative Identität bedrohlichen Themen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus jeweils gespiegelt abgehandelt auf der Folie der schleswig-holsteinischen Landesgeschichte: Die vorhandene Deckerinnerung war der Mainstream, gegen den sich die aufklärerischen Projekte der 1970er und 1980er Jahre wandten. Graben wir also in der Landesgeschichte, um etwas über das Verständnis vom Nationalsozialismus in den verschiedenen Erinnerungs(ge)schichten herauszufinden.

## **Identitätsaufbau**

### **Gründung in der Nachkriegszeit (Zuordnung zu Nation und Kulturkampf)**

Die erste Schicht, auf die ich den Blick lenken möchte, ist die direkte Nachkriegszeit. Zwar gab es keine Stunde Null, aber ich unterstelle, dass es im Leben der Menschen einen Bruch gab, dass der Übergang von der Diktatur zur Demokratie eine Selbstentfremdung bedeutete: Im Gegensatz zu früheren Kriegen hatten die Deutschen nicht nur eine Niederlage erlitten und waren Verlierer. Nach dem Nationalsozialismus waren sie Täter und unterlagen nicht nur materiell, sondern total, auch psychisch. Sie verloren ihre nationale Identität.<sup>5</sup> Die Nation, als über hundert Jahre einstudierter, als praktisch natürlich gegeben wahrgenommener Rahmen, der dem Staat das erforderliche kulturelle Substrat gab, war desavouiert.<sup>6</sup>

Es stellte sich die Frage nach der kollektiven Identität. In Schleswig-Holstein hatte diese gegenüber dem Rest Deutschlands spezifische Begleitumstände: die alle anderen

Territorien Deutschlands anteilig weit übertreffende Belegung mit Vertriebenen. Noch 1950 war jeder zweite Einwohner des Landes nicht in Schleswig-Holstein geboren.<sup>7</sup> Die Vertriebenen wurden nicht eben mit offenen Armen empfangen und zeitgleich entwickelte sich die dänische Minderheit explosiv. Berechnungen, bei denen die Flüchtlinge aus der Wahlbevölkerung herausgenommen wurden, ergaben, dass 1947 55% der einheimischen Bevölkerung Schlesiws dänisch wählten, in Flensburg waren es sogar 96%.<sup>8</sup> Auch die Schülerzahlen der dänischen Schulen wuchsen von 1945 bis 1950 um das Dreißigfache. Nicht nur fielen auf einer übergeordneten Ebene das »Reich« und die NS-Ideologie weg. Schleswig-Holstein schien sich überhaupt aufzulösen durch eine hohe Zahl Zuzügler und parallel eine Art Nationalflucht vieler Eingessener. Der »Zusammenbruch« hatte anstelle der vormals so mächtigen nationalen Identität ein Vakuum hinterlassen. Vor diesem Hintergrund deute ich die vielerorts äußerst schroffe Ablehnung der Vertriebenen, die Angst vor »Überfremdung« und die zeitgleich ablaufende Auseinandersetzung über die vorgebliche Zugehörigkeit Schlesiws und der Schlesiwrer zu Dänemark als eine Spiegeldebatte um die eigene nationale Identität nach dem Ende des Nationalsozialismus. Die Frage der nationalen Identität deutsch oder dänisch beinhaltete:

- am Nationalsozialismus (mit)schuldig zu sein, mit einer Traditionlinie von den »auführerischen« Holsteinern zu den »militaristischen« Preußen des 19. Jahrhunderts, oder unschuldig zu sein, mit einem tradierten Königshaus als Stabilitätsanker und der Demokratie zugewandt.

- gezwungen zu sein, als Deutscher, die fremdartigen Vertriebenen aufzunehmen – wobei der radikale Teil der Minderheit diese als zu den »nazistischen« und einer angeblich minderwertigen slawisch-germanischen Mischrasse angehörig betrachtete,<sup>9</sup> oder aber in der Region verwurzelt, nur die Fahne zu wechseln, aber nicht den gewohnten Alltag.

Überall in Deutschland fehlte nach dem Krieg ein Surrogat, weil die vormaligen gesellschaftlichen Klammern Staat und Nation ihre Wirkung eingebüßt hatten.<sup>10</sup> Als Ersatz erfuhr der Kulturbereich eine ungeheure Aufwertung. Politisch verbrannte Narrative wurden ersetzt durch vorgeblich unpolitische kulturelle. Statt der Nation als gemeinsamen Bezug sprach man etwa von Goethe.<sup>11</sup> Neben der Verlagerung auf ein neues Bezugsfeld veränderte sich dabei auch die Motivation durch die belastende Täterschaft der Gemeinschaft. Niemand konnte ein Interesse daran haben, Teil einer negativ konnotierten Gruppe zu sein.<sup>12</sup> Es musste deshalb bei dieser Identitätsstiftung über den kulturellen Bereich v.a. darum gehen, sich moralisch aufzuwerten.<sup>13</sup>

Auf den Alltag in Schleswig-Holstein gewendet, fanden sich die neuen Schlüsselbegriffe und Narrative vor allem im Bezug auf das engere Umfeld, auf die Region, insbesondere verklärt als »Heimat«. Heimat war bekannt und Heimat war unbelastet. Die eingespielte Symbolik wurde dabei nicht ob ihrer Funktionalisierung in der NS-Zeit hinterfragt.<sup>14</sup> Im Heimatbegriff konnte zudem das »arme Vaterland« auf der Opferseite gesehen werden. In dieser Perspektive ließen sich die Verbrechen des Nationalsozialismus und der Vertreibungen aufrechnen, weil sie beide »Heimat« zerstört hatten und Täter nur »die Nazis« waren, Opfer aber die Deutschen.<sup>15</sup>

In Schleswig-Holstein entwickelte sich diese Heimat-Debatte, wie oben angedeutet, spezifisch. Die Identität wurde anhand der beiden Pole »Überfremdung« durch die Vertriebenen und Selbstzuschreibung als »dänisch« bzw. Verlegung der Grenze nach Süden – verhandelt von einer »Heimabewegung unter dänischem Vorzeichen«, wie

Erich Hoffmann es pointiert formuliert hat.<sup>16</sup> Als zentrale und überparteiliche Sammlungsbewegung gegen diese Entwicklungen wurde 1947 der SHHB aus dem Umfeld der alten Abstimmungskämpfer<sup>17</sup> und der deutsch gesinnten Kulturvereine und Apparatsnomenklatura gegründet. Seine Protagonisten sahen in den »Neudänen« irgeleitete Deutsche und fürchteten zugleich eine »Überfremdung« durch die Flüchtlinge. Sie wollten dagegen dezidiert »die« schleswig-holsteinische als deutsche Identität schützen.

Die Satzung gab als Zielsetzung des SHHB unter §2 an:

■ Der Verein bezweckt, die natürlich und geschichtlich gewachsene Eigenart der im Land Schleswig-Holstein<sup>18</sup> vereinten Landschaften zu erhalten und zu pflegen und so das deutsche Volkstum in Schleswig-Holstein zu fördern. Er will die vorhandenen Heimatvereine zusammenfassen. [...] Vor allem soll die heimatliche Geschichte und Dichtung der Bevölkerung nahegebracht werden.<sup>19</sup>

Gemäß der Regeln der Demokratie wurde damit nicht die persönliche Wahlmöglichkeit bestritten, wohl aber ihre Legitimität vor der Geschichte infrage gestellt. Der SHHB wollte dem Selbstbild der Bevölkerung somit unauffällig ein »nationales Vorzeichen« geben, damit diese sich »in erster Linie als angegriffene Deutsche« begriff.<sup>20</sup>

Wie sah diese Identitätsstiftung konkret aus?

**1** Als erstes entledigte man sich der problematischen Anteile der Tradition. Die negativen Teile staatlicher und nationaler Bezüge der Vergangenheit wurden allein Preußen als vermeintlicher Wurzel des Nationalsozialismus zugeschrieben und damit entsorgt.<sup>21</sup> Dazu übernahm der Verband wesentliche Parolen der dänischen Grenzkämpfer und erklärte die preußische Zeit Schleswig-Holsteins als Epoche der Fremdherrschaft. Zudem hätte Preußen durch die Vereinbarung eines Separatfriedens mit Dänemark die Schleswig-Holsteiner 1850, vor der Schlacht von Idstedt, im Stich gelassen. Fortgeschrieben war das untergegangene Deutsche Reich der Täter, die deutsche Bevölkerung aber das Opfer.

**2** Die Vertriebenen wurden als Nicht-Schleswig-Holsteiner, als Preußen abgelehnt.<sup>22</sup> Auch hier konvergierten die negativen Einschätzungen über die Vertriebenen mit jenen der dänischen Minderheit: Diese seien »arbeitsscheu«, »besserwisserisch«, »demoralisiert« und »stehlen in vielen Fällen«. Man konnte auch diesen gegenüber Opfer sein.

**3** Zugleich wurde ein positives Narrativ der von deutscher Kultur geprägten Heimat entwickelt, das die beherrschenden politischen Fragen indirekt anspielte und die deutsch gesinnten Schleswig-Holsteiner als Opfer stilisierte. Der SHHB deutete dazu die Trias der tradierten Erinnerungsorte 1848, 1864 und 1920 neu aus. Als kleines Beispiel lässt sich die 100-Jahrfeier von 1848 anführen, die der SHHB landesweit federführend und dazu die örtlichen Behörden beratend zu organisieren gedachte: Der SHHB wollte mit 1848 »der schleswig-holsteinischen Selbstständigkeit« gedenken, die man den Dänen im Kriege hatte abringen wollen.<sup>23</sup> Im Zentrum standen »das nationalpolitische Wollen« der Bevölkerung und der daraus gewachsene deutsch-dänische Gegensatz.<sup>24</sup> Dieses Gedenken thematisierte subtil den gegenwärtigen Stand der nationalen Zugehörigkeit Schlesiws als Endpunkt einer von der Bevölkerung getragenen Entwicklung (1920!) und delegitimierte damit die »Neudänische Bewegung«. Zugleich brachte es die Idee der deutschen Nation vor – positiv vermittelt über die schleswig-holsteinische Erhebung des 19. Jahrhunderts und damit unbelastet von Preußen und »Drittem Reich«. Im Ergebnis zeigte die Deckerinnerung des SHHB die Schleswig-Holsteiner als vom

reinen, patriotischen Geist motivierte Streiter für die deutsche Nation, dabei als moralische Sieger – durch das wiederkehrende Opfer erst der siegreichen Dänen und dann der sie unterwerfenden Preußen. Der Subtext auf die Gegenwart bezogen lautete: Die Schleswig-Holsteiner müssen sich gegen die aggressive dänische »Kulturoffensive« erneut wehren und die fremden Preußen abschütteln; sie sind Opfer. Durch diese Deckerinnerung blieb nur ein kleiner Rest bestehen, der im Sinne einer Identitätsstiftung nicht zu übertünchen war: Die Verbrechen selbst waren nicht wegzudiskutieren, die Täterschaft war eindeutig. Diese Reste wurden zusammenhanglos mit Vokabeln wie »deutsche Katastrophe«, »Zusammenbruch«, »tragisches Verhängnis« aus der eigenen Geschichte und Sinnstiftung ausgeklammert, um Verantwortung und Schuld unterscheidungslos und naturhaft einem nicht benennbaren Schicksal anheimzustellen.

Neben dieser Verdrängung und Umwertung ließ es sich der SHHB auch nicht nehmen, seinerseits aufzurechnen, dass die dänischen Bestrebungen »Ausfluss des gleichen nationalistischen Geistes [seien] der Hitler zum Krieg führte.«<sup>25</sup> Damit konnte auch ein – freundlich formuliert – sehr pragmatischer Umgang mit der jüngsten Vergangenheit legitimiert werden. Nationalsozialistische Belastung war kein Problem, denn der Grenzkampf überdeckte alles. Beispielsweise setzte sich der SHHB erfolgreich für 17 aus Dänemark ausgewiesene hochbelastete nordschleswigsche Lehrkräfte ein, um den Anteil der Landesgeschichte im Schulunterricht durch geeignete Lehrkräfte zu fördern.<sup>26</sup> Ihre Entnazifizierung sollte durch ein »besonderes Gremium« erfolgen.<sup>27</sup> Gleichfalls motiviert, verwendete sich der Heimatbund für Professor Jankuhn, der sich schon in Hitlers Ahnenerbe einen Namen gemacht hatte.<sup>28</sup> Hellsichtig erkannte allein Vorstandsmitglied Detlev Scheel im alles beherrschenden Thema des Grenzstreits eine Verdrängung »der inneren Überwindung der Ursachen der Katastrophe für jeden Deutschen.«<sup>29</sup> Er wurde wenig später aus dem SHHB gemobbt. Der SHHB aber etablierte sich im Grenzland als einflussreiche Dachorganisation und guter Partner der konservativen Landesregierungen, um politische Einstellungen über Kultur zu vermitteln. In der Folge wurde der Verband großzügig aus öffentlichen Töpfen bedacht.<sup>30</sup>

### **Identitätsbruch**

Als zweiter Erinnerungsschicht und -geschichte möchte ich mich den 1970er und 1980er Jahren zuwenden und das Wirken der Deckerinnerung des SHHB zu dieser Zeit vorstellen. Die Ausgangslage war eine gänzlich andere als in der direkten Nachkriegszeit. Dies ist in erster Linie auf die generationelle Lagerung in den Erinnerungsschichten zurückzuführen. Aleida Assmann schreibt dazu:

»Die Dynamik im Gedächtnis einer Gesellschaft wird (...) wesentlich durch den Wechsel der Generationen bestimmt. Mit jedem Generationenwechsel, der nach einer Periode von ca. dreißig Jahren stattfindet, verschiebt sich das Erinnerungsprofil einer Gesellschaft merklich. (...) Dann stellt man rückblickend fest, dass sich mit dem Dominanzwechsel der Generationen eine bestimmte Atmosphäre von Erfahrungen und Werten, Hoffnungen und Obsessionen aufgelöst hat und neue Prägungen an ihre Stelle getreten sind.«<sup>31</sup>

So ergab sich ein fundamentaler Gegensatz zwischen der Schuldzuweisung durch die Nachkriegsgeneration und der Opferwahrnehmung der Erlebnisgeneration – mit entsprechend erheblicher differierender emotionaler Konnotation von beiden Seiten.<sup>32</sup> Dabei wurde die Bewegung zur umfassenden Auseinandersetzung mit dem National-

sozialismus zwar nicht allein von Jugendlichen getragen, aber die Zuschreibung zu dieser Generation auch als identitätsstiftender Marker funktionalisiert.<sup>33</sup>

Allmählich begann der auf Bundesebene virulente Diskurs über die NS-Vergangenheit auch in der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit an Bedeutung zu gewinnen. Beispielsweise wurde seit Mitte der 1970er Jahre die Geschichte des Außenlagers des KZ Neuengamme, Kaltenkirchen, von interessierten Laien aufgearbeitet.<sup>34</sup> Und in Schleswig-Holstein mussten kritische Geister nicht tief graben.

Der SHHB bezog Stellung: Der Vorsitzende Schmidt und sein Vorstand gehörten zur 1933er-Generation, die im Kaiserreich geboren wurde, die Krisen der Weimarer Republik erlebt hatte, im Nationalsozialismus sozialisiert wurde und nach dem Zweiten Weltkrieg eine zweite Karriere machte. Sie waren die Eltern der 1968er.<sup>35</sup>

Schmidt kannte die Gefahren für die konservative Identitätsstiftung mittels der Deckerinnerung. Die Erkenntnis einer massiven geschichtspolitischen Gefährdung der bestehenden Verhältnisse durch die NS-Vergangenheit war mittlerweile zum Allgemeinut der konservativen Eliten geworden.<sup>36</sup> Er wollte die Auseinandersetzungen auflösen, in dem über Geschichtspolitik eine Generationengemeinschaft<sup>37</sup> über den trennenden Gräben etabliert werden sollte.<sup>38</sup> Seiner Auffassung nach würde es »offenbar ein oder zwei Generationen« dauern, »bis ein Volk mit einem Abschnitt seiner Geschichte wirklich fertig geworden ist«; die Erlebnisgeneration wäre jedoch mittlerweile in die Defensive geraten, außerdem würde »einmal der letzte Hitlerjunge diese Welt verlassen haben«. Deshalb sah es Schmidt an der Zeit, die dieser Generation spezifische Deutung des »Dritten Reiches« in sinnstiftende Narrative zu gießen und durch deren offensive Vermittlung den Gegensatz zu überwinden. In diversen Briefen versuchte er, Bundesgenossen einzuwerben, gegen die »fiese Doppelzüngigkeit«, »die unser politisches Leben vergiftet und versucht, einen teuflischen Gegensatz zwischen der jüngeren und der älteren Generation aufzurichten« und um »unseren Enkeln verständlich zu machen, was vor sich ging«.<sup>39</sup>

Die Überbrückung generationeller Grenzen ist jedoch nur möglich, wenn auch die mit der Erinnerung verbundenen Emotionen weitergegeben werden können.<sup>40</sup> Sollte das »Dritte Reich« also (durch die Geschichtsdebatten erzwungen) generationenübergreifend in diese Selbstbezüge integriert werden, musste Schmidt ein Narrativ finden, das für alle Adressaten Sinn geben würde – trotz der mittlerweile thematisierten unleugbaren Verbrechen. Als tragende Story, um positive Emotionen zu wecken, wählte Schmidt die erfolgreiche »Umquartierung« – d.h. die Flucht der deutschen Zivilbevölkerung aus dem Osten am Ende des Krieges.<sup>41</sup> In der Verbandszeitschrift *Schleswig-Holstein* wurde, entsprechend dieser politischen Ausrichtung, eine Würdigung der »erstaunlichen« Leistungen »ungezählter Helfer aus Staat und Parteigliederungen« vorgetragen. Die Unterstützer haben, sie hieß es dort, trotz Hemmnissen durch Polykratie und »fehlende, unzureichende, verspätete oder absurde Weisungen von höchster Stelle«, eine hilfreiche Arbeit geleistet, was am Beispiel der Lenkung der Flüchtlinge zum Kriegsende nach Schleswig-Holstein argumentativ untermauert wurde. Ein Hinweis auf die zuvor begangenen Verbrechen fehlte vollkommen<sup>42</sup>

Diese Deckerinnerung fand nun aber engagierte Gegner. Anders als in der Nachkriegszeit funktionierte Aufrechnen in den 1980er Jahren nicht mehr. Sie erreichten die Skandalisierung, als der Geschäftsführer des SHHB, von Leesen<sup>43</sup>, das dänische Straflager Faarhus<sup>44</sup> in einem Artikel als KZ bezeichnete und anmerkte: Es stünde

auch Angehörigen anderer Völker gut an, wenn sie [...] die schwarzen Kapitel in der Geschichte ihrer Völker und Staaten wahrhaben und sich davon distanzieren.<sup>45</sup> Auf diesen Artikel hin kam es zu harten Angriffen gegen den Geschäftsführer.<sup>46</sup> Schmidt war sich der Gefahr für den Verband durchaus bewusst, »in die reaktionäre Ecke gedrängt« zu werden.<sup>47</sup>

Die 50. Wiederkehr der Machtübernahme 1983 wurde dann zur Initialzündung, die Vielzahl von Gedenkveranstaltungen an das Dritte Reich geschichtspolitisch zu funktionalisieren und die Deckerinnerung damit auf die Probe zu stellen.<sup>48</sup> Der Ministerpräsident selbst hatte einer Ausstellung zu diesem Jubiläum in Schleswig-Holstein seine Unterstützung versagt, um den Debatten aus dem Weg zu gehen.<sup>49</sup> In der *Schleswig-Holstein* äußerte Schmidt die Befürchtung, dass das Jahr 1983 dem Jubiläum der Machtübernahme geschuldet, eine Verstärkung der Debatte um die NS-Vergangenheit des Landes mit sich bringen und die Kluft zwischen den Generationen vergrößern würde. Er forderte noch einmal, die Betrachtungen nicht auf die zwölf Jahre »missglückter« deutscher Geschichte »zu beschränken«, sondern die gesamten Bezüge der schleswig-holsteinischen Vergangenheit wahrzunehmen.<sup>50</sup>

Die Aussichten für den SHHB, den Ring, in den man zu steigen gedachte, auch als Sieger zu verlassen, standen recht gut: Auf Bundesebene setzte sich der neue Kanzler Helmut Kohl durch eine systematische Kulturpolitik dafür ein, die deutsche Geschichte zu »normalisieren«.<sup>51</sup> In Schleswig-Holstein verfügte der SHHB über eine gute Ausgangsposition. Auf der Jahrestagung des Verbandes 1983 lobte Minister Schwarz den Einsatz des Heimatbundes für die »Pflege des Geschichtsbewusstseins und der Tradition und der Übertragung dieser Werte auf unsere Jugend«.<sup>52</sup>

Als erste Ad-hoc-Maßnahme versuchte der SHHB, in einer dreiteiligen Serie in der *Schleswig-Holstein* den Aufklärern der nationalsozialistischen Vergangenheit im Land zu begegnen. Zu diesem Zweck wurden gezielt Gründe für die rasche Verbreitung der NS-Ideologie vorgestellt, die allgemeine und unspezifische Bedingungen anführten, die den Nationalsozialismus quasi per Naturgesetz über die Elbe geführt hätten. Die Argumentationsweise lenkte von der Verantwortung der Bevölkerung in der Region ab. Stattdessen wurden Landesbewusstsein, Heimatbewegung und das eigentliche Schleswig-Holstein an sich zum Opfer der Entwicklung erklärt und damit exkulpiert.<sup>53</sup> Dabei orientierte sich die Darstellung des Verbandes an der Auffassung, in Schleswig-Holstein sei die NS-Zeit »verhältnismäßig harmlos« verlaufen.<sup>54</sup>

Vor allem aber nutzte der Verband seine privilegierte Position durch die Zusammenarbeit mit der Administration, um sein Geschichtsbild zu befestigen. Der SHHB mischte sich in die Gestaltung der Lehrpläne ein: 1986 wurden die entwickelten Leitthemen zur schleswig-holsteinischen Geschichte mit der Neufassung der Lehrpläne verbindlicher Teil des Geschichtsunterrichts in Hauptschule, Realschule und Gymnasium.<sup>55</sup> Die NS-Vergangenheit wurde ausgeklammert zugunsten lediglich positiv konnotierter Themen. Beispielsweise wirkte die Wikingerzeit als vergangener Spiegel von Schleswig-Holsteins angeblicher Rolle als Grenzgebiet des freien Westens.

Die politische Lage ist der von heute verblüffend ähnlich: Eine Verbindung zwischen Nord- und Mitteleuropa ist nur noch über Schleswig-Holstein möglich, das damit zur »Wespentaille der germanischen Welt« geworden ist. In diesem gefährdeten Raum ballen sich nun allerdings auch die geistig-politischen Abwehrkräfte des Westens zusammen. Einerseits konnte der Heimatbund seine Sicht weiter institutionalisieren.



Andererseits sorgte die Ausklammerung der nationalsozialistischen Vergangenheit des Landes dafür, dass der Heimatbund zunehmend in der kritischen Öffentlichkeit als Scharnier und Sprachrohr einer rechtskonservativen Allianz zwischen CDU und einigen Wissenschaftlern erkannt wurde, die ihre Macht über die Deutungshoheit der Vergangenheit zu sichern beabsichtigte.<sup>56</sup>

Wenn wir auf das Jahr 1985 blicken und Bundespräsident Weizsäckers Rede zum 8. Mai als Gradmesser für den Mainstream nehmen, dann wird die Randlage des SHHB deutlich. Dieser lud 1985 den berühmigten Professor Willms<sup>57</sup>, der seit Jahren einen Feldzug für die Forderung nach Rückgabe der Ostgebiete führte, zu einem breit rezipierten Vortrag. Willms behauptete in seiner Rede, dass die Alliierten die »moralische Niederlage« der Deutschen nach dem verlorenen Krieg strategisch genutzt und ausgebaut hätten, um die Identität der Nation zu brechen und diese somit auszuschalten. Dagegen solle die deutsche Bevölkerung aufhören, sich selbst als Verbrecher zu disqualifizieren, »nationalen Masochismus« zu betreiben und ihre Identität nicht von moralischen Bewertungen der Nation abhängig machen, sondern ihre Zugehörigkeit als »Schicksal« akzeptieren, so wie es andere Völker auch täten. Hierbei relativierte er die nationalsozialistischen Verbrechen, um die Forderung nach den deutschen Ostgebieten zu sekundieren. Daneben warf Willms der dänischen Minderheit zudem eine »revisio-nistische Volksgruppenpolitik« und »dänische Kulturoffensive« vor.<sup>58</sup> Geschäftsführer von Leesen schrieb dazu in einem Zeitungsartikel: »Wir haben keinen Grund, bis in alle Zeiten das Büberhemd zu tragen.«<sup>59</sup>

### **Fazit: Die Entwicklung einer Deckerinnerung**

Wenn wir beide Schichten vergleichen, zeigt sich, dass der Ansatz der Deckerinnerung zu beiden Zeiten sehr ähnlich war: Es ging darum, aus bekannten Versatzstücken Narrative zu entwickeln, die von der Schuld wiesen, um Identität zu stiften und eine Umwertung der eigenen Position als Opfer ermöglichen sollten.

- Der SHHB blendete die problematischen Teile der Geschichte aus und beleuchtete stattdessen den deutsch-dänischen Gegensatz vor oder aber die Integration der Vertriebenen nach dem Krieg.
- Der unleugbare Rest wurde abgeschoben. Der SHHB sorgte für eine Externalisierung der Schuld, z.B. gezielt – »die Preußen« –, oder aber defensiv ins Irgendwo – »die Katastrophe«. Über Details wurde geschwiegen.
- Von der manifestierten Position des Opfers ließ sich dann die Schuld gegenseitig aufrechnen. Der SHHB beendete seine Argumentationskette als ein Nullsummenspiel mit den von anderen begangenen Verbrechen.<sup>60</sup>

In der Nachkriegszeit sorgte diese Deckerinnerung für die Weitergabe und Vermittlung konservativer Werte und Normen als »Fahnenträger der regionalen Bestands-sicherung« (Willi Oberkrome) und verschleierte soziale Konflikte.<sup>61</sup> Mit Hermann Lübke kann man darin ein »Kommunikatives Beschweigen« sehen, dass notwendig war, um der fragilen Transitionsgesellschaft den Weg zur gefestigten Demokratie zu ermöglichen.<sup>62</sup> Als diese gefestigte Demokratie jedoch erreicht war und der Generationenwechsel neue Orientierungen mit sich brachte, wurde die Deckerinnerung brüchig. In dem Kritiker die Verbrechen und die Verantwortung direkt ansprachen, erodierten die kunstvollen und gehegten Narrative. Die Deckerinnerung funktionierte nur so lange, wie sie niemand hinterfragen wollte und alle einen Nutzen davon hatten.

**Dr. Knud Andresen** hat über die Geschichtspolitik des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes promoviert, um einen einflussreichen Akteur im regionalen Zugriff und zeitlichen Längsschnitt zu analysieren. Er arbeitet aktuell im Stab der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Kiel.

- 1 Dieser Beitrag ist die überarbeitete Version eines Vortrages, der im Rahmen der 8. Gedenkstätten-tagung 22.–24. 3. 2013 in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente, gehalten wurde.
- 2 Reichel, Peter: Politik der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt/M. 1999, S. 21.
- 3 Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein einen gigantischen Zuwachs. Da bereits nach dem Ersten Weltkrieg die Grenze zu Dänemark nach einer Volksabstimmung Richtung Süden verlegt worden war, erwarteten viele, sich und ihre regionalen Eigenheiten dadurch unter dänisches Kuratel stellen zu können, ohne von den Folgen des deutschen »Zusammenbruchs« behelligt zu werden. Der SHHB wurde 1947 von einflussreichen deutsch gesinnten Schleswig-Holsteinern gegründet, um dagegen gerichtet zu wirken. Aufgrund von Auflagen der britischen Besatzer trat er als Heimatvereinigung auf. Nach einer wechselvollen Geschichte ist der SHHB in der Gegenwart zu einem wirklichen Verband für Kulturpflege und Naturschutz geworden.
- 4 Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, S. 261
- 5 Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, S. 67f.
- 6 König, Helmut: Politik und Gedächtnis, Weilerswist 2008, S. 372 und 381.
- 7 Lange, Ulrich (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 660ff.
- 8 Becker-Christensen, Henrik: Der Sieg des Gesinnungsprinzips. Die endgültige Lösung der deutsch-dänischen Grenzfrage, S. 310–317 in: Danker, Uwe/Paul, Gerhard/Wulf, Peter (Hrsg.): Geschichtsumschlungen, S. 312.
- 9 Klatt, Martin: Flygtningene og Sydslesvigs danske bevægelse 1945–1955, Flensburg 2001, S. 389.
- 10 Paul, Gerhard: »Wir brachten den letzten Wehrmachtsbericht dieses Krieges«. Der »Reichssender Flensburg« im Mai 1945 und die Leitideen der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, S. 55–82 in: Paul, Gerhard/Schwensen, Broder/Wulf, Peter (Red.): Lange Schatten.
- 11 Berger, Stefan: Writing National Histories in Europe: Reflections on the Pasts, Presents and Futures of a Tradition, S. 55–69 in: Jarausch, Konrad H./Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Conflicted Memories, S. 62; Cornelißen, Christoph: Der wiedererstandene Historismus. Nationalgeschichte in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre, S. 78–109 in: Jarausch, Konrad H./Sabrow, Martin (Hrsg.): Die historische Meistererzählung, S. 88–95.
- 12 Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, S. 81f.
- 13 Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, S. 85.
- 14 So war beispielsweise der Volkssturm als letztes Aufgebot gegen Kriegsende von der gleichgeschalteten Presse und in Kundgebungen mit Mythen wie z.B. der Schlacht bei Hemmingsstedt von 1500 »War die Gaar, de Buur de kummt!« mobilisiert worden. Vgl. Diederichs, Urs Justus: Kriegsende und Neuanfang in Schleswig-Holstein. Einführende Bemerkungen, S. 187–192 in: Friederichs, Urs J. und Wiebe, Hans-Hermann (Hrsg.): Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz, S. 188.
- 15 Confino, Alon: »This lovely country you never will forget!« Kriegerinnerungen und Heimatkonzepte in der westdeutschen Nachkriegszeit, S. 235–251 in: Knoch, Habbo (Hrsg.): Das Erbe der Provinz, S. 243.
- 16 Hoffmann, Erich: Grundzüge des grenzpolitischen Wirkens Dr. Richard Schencks, S. 155–291 in: ZSHG 107 (1982), S. 217.
- 17 Der Begriff bezieht sich auf die Volksabstimmung 1920, die nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführt worden war, um über die nationale Zugehörigkeit Schlesiens zu entscheiden. Beide Seiten mobilisierten sehr intensiv; man sprach deutscherseits vom »Abstimmungskampf«.
- 18 Diese Schreibweise sollte die Verbundenheit der beiden Landesteile bezeugen, die sich nicht aufteilen ließen in ein dänisches Schleswig und ein deutsches Holstein. Sie geht zurück auf Uwe Jens Lornsen.
- 19 LAS 605.664 Einladung zur Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes am 25. Januar 10 Uhr in Schleswig, Prinzenpalais.
- 20 LAS 422.17132 Richtlinien für die Vertrauensmänner des SHHB.
- 21 Applegate, Celia: A Nation of Provincials, S. 243.
- 22 Jessen-Klingenberg, Manfred: »In allem widerstrebt uns dieses Volk«. Rassistische und fremdenfeindliche Urteile über die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein 1945–1946, S. 81–99 in: Pohl, Karl Heinrich (Hrsg.): Regionalgeschichte heute, S. 94f.
- 23 LAS 422.171 Dr. Muuß an Major Melotte H.O. 312, 28. September 1947.
- 24 LAS 399.69.6 Landesminister Dr. Schenck an den Ministerpräsidenten Lüdemann, 16. Januar 1948.
- 25 Edert, Eduard: Ein Wendepunkt?, S. 115f in: Schleswig-Holstein, 5 (1955).
- 26 LAS 422.171 Dr. Muuß an Dr. Schenck, 6. Januar 1948.
- 27 Des Weiteren sollten auch die Familien aufgenommen werden. Muuß begründete den Vorschlag, mit der drohenden »völligen Verbitterung«, was wiederum die Eigenwahrnehmung als Opfer aufzeigt. Vgl.

- LAS 422.171 Dr. Muuß an das Kultusministerium, 1. Juli 1948; LAS 422.173 Dr. Muuß an Dr. Schenck, 28. Februar 1950.
- 28 LAS 422.173 Dr. Alnor an Dr. Schenck, 26. Juli 1951; LAS 422.17129 Ewoldt an Ministerpräsident, 6. September 1951; Kühl, Jürgen: Zwischen Nationalsozialismus und Nationalismus. Søren Telling und das Dannewerk, S. 23–41 in: Demokratische Geschichte 19 (2008); Prah, Hans-Werner: Last der Vergangenheit. Schwieriger Neubeginn und manche Kontinuität, S. 201–222 in: Ders./Petersen, Hans-Christian/Zankel, Sönke (Hrsg.) Uniformierung des Geistes. Universität Kiel und der Nationalsozialismus, Band 2 Kiel 2007, S. 204.
- 29 LAS 605.669 Aktenvermerk F3 über Dienstreise nach Friedrichsstadt, Tönning, Husum, Niebüll, Flensburg, Schleswig und Eckernförde, 25. Juli 1946 und Abschrift Lüth, Pressestelle, 26. August 1946.
- 30 Darüber hinaus fiel dem SHHB die Betreuung der deutschen Nordschleswiger, die Organisation von Kinderferienverschickungen und die Übernahme von Patenschaften für selbige zu, nachdem Verbindungen zur deutschen Minderheit schon länger bestanden hatten. Eine Anfrage des BdN um »kulturelle Unterstützung des Deutschtums in Nordschleswig durch Vorträge, Spielgruppen, usw.« hatte es bereits früher gegeben. Ebenso war Muuß als Vorsitzender des SHHB der erste offizielle deutsche Gast der deutschen Minderheit beim Knivsbergfest 1948 gewesen. Vgl. Hansen, Siegfried Ernst: Disteln am Weg, S. 300; LAS 422.176 Protokoll der Vorstands- und Beiratssitzung vom 25. Juli 1947; LAS 422.17174 Konstituierende Sitzung des Deutschen Grenzausschuss, 7. Dezember 1949.
- 31 Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, S. 27.
- 32 Leonhard, Nina: Politik- und Geschichtsbewusstsein im Wandel. Die politische Bedeutung der nationalsozialistischen Vergangenheit im Verlauf von drei Generationen in Ost- und Westdeutschland, Münster 2002, S. 293.
- 33 Nehring, Holger: Generation as a Political Argument in West European Protest movements during the 1960s, S. 57–79 in: Lovell, Stephen (Hrsg.): Generations, S. 58f.
- 34 [www.kz-kaltenkirchen.de/1/home/index.htm](http://www.kz-kaltenkirchen.de/1/home/index.htm).
- 35 Assmann, Aleida: Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung, München 2007, S. 60f.
- 36 Lübke, Hermann: Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewusstsein, S. 579–599 in: Historische Zeitschrift 236 (1983).
- 37 Der Generationenbegriff war sein Leben lang zentral für Schmidts Weltansicht: Zum einen stellte Generation für ihn eine durch ähnliches Erleben in der selben Zeit erzeugte Klammer dar, die über Klassen-, Schichten- und Parteigrenzen Menschen zu einer Gemeinschaft band und damit Grundstock und Vorbild einer übergreifenden Volksgemeinschaft war. Bereits im Dezember 1950 hatte Schmidt die *Gemeinschaft der Kriegsgeneration Schleswig-Holstein* gegründet. Sie war Teil einer Bewegung nach dem Krieg, als sich eine »junge Generation« bewusst von der NS-Vergangenheit der Älteren, aber auch von den fehlenden Kriegserfahrungen der Jüngeren abgrenzte, um ihren Anspruch auf die Gestaltung des neuen Staates zu legitimieren. Sie verstand sich als Sprecher der im Krieg geprägten jungen Generation, die sich nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus ausgebootet sah und deren Vorstellungen in der Ideenwelt der konservativen Revolutionäre der 1920er Jahre fußten. Ihr Ziel war eine »möglichst große Geschlossenheit des deutschen Volkes in politischen Lebensfragen«, um eine vorgebliche Aufspaltung der Gesellschaft zu verhindern. Schmidts Strategie hatte Erfolg. 1952 wurde er mit Stimmen aus allen Parteien mit Ausnahme von SPD und SSW zum Bürgermeister Eckernfördes gewählt.
- Gerhard Stoltenberg sah denn auch anlässlich der Totenfeier Dr. Schmidts in seinem Einsatz für den SHHB die Rückkehr zu den »wichtigsten Antrieben, Motivationen [...] seiner Jugend [...], die in allen Phasen seines Lebens für ihn kennzeichnend geblieben sind«.
- Vgl. PAL: Die Gemeinschaft der Kriegsgeneration Schleswig-Holstein, Rendsburg, Eckernförde 1950; Die Kriegsgeneration spricht, 1 (1952); Jureit, Ulrike: Generationenforschung, Göttingen 2006, S. 44ff. und S. 58; Laak, Dirk van: Trotz und Nachurteil. Rechtsintellektuelle Reaktionen im Anschluss an das »Dritte Reich«, S. 55–78 in: Loth, Wilfried/Rusinek, Bernd-A. (Hrsg.): Verwandlungspolitik, S. 56f.; Parnes, Ohad/Vedder, Ulrike/Willer, Stefan: Das Konzept der Generation, S. 234, S. 259 und S. 280ff.; Schleswig-Holsteinisches Freilichtmuseum (Hrsg.): Werner Schmidt in Memoriam, Kiel 1991.
- 38 LAS 422.17519 Pressemitteilung des SHHB. Dr. Werner Schmidt auf der Delegiertenversammlung des SHHB am 9. September 1978.
- 39 LAS 422.17445 Dr. Schmidt an Loewe, 31. Mai 1976, Dr. Schmidt an Gaul, 7. Juli 1978, Dr. Schmidt an Dr. Rüdiger, 30. März 1979.
- 40 Jureit, Ulrike: Generationenforschung, S. 59.
- 41 LAS 422.17445 Dr. Schmidt an Dr. Randel, 5. Dezember 1978.
- 42 Schmidt, Werner: Wie Schleswig-Holstein »Flüchtlingsland Nr. 1« wurde, S. 4f in: Schleswig-Holstein 10 (1981).

- 43 Hans-Joachim von Leesen wurde 1930 in Hamburg geboren und verbrachte seine Jugend in Flensburg. Nach dem Krieg arbeitete er als Verlagsbuchhändler, zuletzt in Köln. 1980 wechselte von Leesen als Geschäftsführer zum SHHB, bis er Ende 1993 in Rente ging. Seitdem wirkt von Leesen in der Grauzone zwischen rechten und rechtsextremen Kreisen. So war er nicht nur zeitweise Regionalleiter der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V.«, sondern betätigt sich als Autor und Referent. Beispielsweise veröffentlichte von Leesen 2005 im rechtsextremen Arndt-Verlag das Buch »Bombenterror. Der Luftkrieg über Deutschland«, schrieb in der *Jungen Freiheit*, im *Ostpreußenblatt* sowie der *Deutschen Militärzeitung*. Von Leesens Texte werden auch von der NPD gern zitiert. Vgl. Butterwegge, Christoph: Stirbt »das deutsche Volk aus? – Wie die politische Mitte im Demographie-Diskurs nach rechts rückt.« S. 167–217 in: Ders. (Hrsg.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demographischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 174; Virchow, Fabian: Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten, Wiesbaden 2006; [www.deutschlandjournal.de/Deutschland\\_Journal\\_Ausgabe\\_20/Was\\_bedeutet\\_die\\_deutsche\\_Kapitulation\\_1945.pdf](http://www.deutschlandjournal.de/Deutschland_Journal_Ausgabe_20/Was_bedeutet_die_deutsche_Kapitulation_1945.pdf), zuletzt besucht am 2. Oktober 2009; [wapedia.mobi/de/Deutsche\\_Militärzeitschrift](http://wapedia.mobi/de/Deutsche_Militärzeitschrift), zuletzt besucht am 2. Oktober 2009; [www.bund-der-vertriebenen.de/files/seminare-junge-generation.pdf](http://www.bund-der-vertriebenen.de/files/seminare-junge-generation.pdf), zuletzt besucht am 2. Oktober 2009; [www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1258.html](http://www.npd-sachsen-anhalt.de/landesverband/1258.html), zuletzt besucht am 2. Oktober 2009.
- 44 Skov Kristensen, Henrik: Vom Fröslee-Lager zum Faarhus-Lager, S. 147–163 in: Bohn, Robert/Danker, Uwe/Kühl, Jürgen (Hrsg.): Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis.
- 45 Der Nordschleswiger, 10. August 1982.
- 46 LAS 422.17491 Vorstandssitzungsprotokoll vom 18. August 1982; Kieler Rundschau, 21. August 1982.
- 47 LAS 422.17491 Vorstandssitzungsprotokoll vom 25. Januar 1982.
- 48 Hurrelbrink, Peter: Der 8. Mai 1945, S. 175.
- 49 Kieler Rundschau, 2. September 1982.
- 50 Schmidt, Werner: Last der Vergangenheit.
- 51 Bergsdorf, Wolfgang: Der Stellenwert ostdeutscher Kulturpflege in der Ära Kohl, S. 53–69 in: Gauger, Jörg-Dieter/Kittel, Manfred (Hrsg.): Die Vertreibung; Herbert, Ulrich: Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, S. 94–114 in: Große Kracht, Klaus/Jessen, Ralph/Sabrow, Martin (Hrsg.): Zeitgeschichte, S. 95.
- 52 LAS 605.6256 Pressemitteilung Minister Schwarz, 24. September 1983.
- 53 Vaagt, Gerd: Das Hakenkreuz in Schleswig-Holstein, Teil 1, S. 5–9 in: Schleswig-Holstein, 5 (1983); Teil 2, S. 5–9 in: Schleswig-Holstein, 6 (1983); Teil 3, S. 2–9 in: Schleswig-Holstein, 7 (1983).
- 54 Bästlein, Klaus: Schleswig-Holstein. Ein nationales Naturschutzgebiet für NS-Verbrecher? – Zur politischen Natur im nördlichsten Bundesland nach 1945, S. 209–264 in: Friederichs, Urs J. und Wiebe, Hans-Hermann (Hrsg.): Schleswig-Holstein unter dem Hakenkreuz, S. 237f.
- 55 LAS 422.17496 Fragen an die Parteien zur Landtagswahl 1987, Antwort der CDU.
- 56 Husumer Nachrichten, 23. Februar 1984.
- 57 Mit seinen rechtsextremen Äußerungen hatte der Mitherausgeber der Zeitschrift »Der Staat« zuvor auf sich aufmerksam gemacht. Für ihn war die Nation der einzig relevante Bezugspunkt, Moral und Ethik hatten sich unterzuordnen. Vgl. Ostpreußenblatt, 31. März 1984; Hurrelbrink, Peter: Der 8. Mai 1945, S. 203.
- 58 Vgl. LAS 605.6013 Vermerk StK 160a, 6. August 1984; Willms, Bernhard: Heimat und Nation, S. 5–10 in: Schleswig-Holstein, 11 (1984).
- 59 Norddeutsche Rundschau, 14. September 1985.
- 60 Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, S. 169f.
- 61 Hartung, Werner: Das Vaterland als Hort von Heimat. Grundmuster konservativer Identitätsstiftung und Kulturpolitik in Deutschland, S. 112–156 in: Klüeting, Edeltraut (Hrsg.): Antimodernismus und Reform, S. 122f; Heitzer, Horstwalter: Die CDU in der Britischen Zone, S. 602f; Oberkrome, Willi: »Deutsche Heimat«, S. 518; Schildt, Axel: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998, S. 13; Varain, Heinz Josef: Parteien und Verbände, S. 118.
- 62 Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, S. 100–103.

# Das Berliner Themenjahr 2013: Zerstörte Vielfalt

*Rainer E. Klemke*

Zwei Dutzend schwarz gekleidete Menschen marschieren mit Transparenten, Pauken und Trompeten vor der Berliner Philharmonie am Ort der Planung und Organisation der Euthanasiamorde des NS-Regimes (Tiergartenstraße 4) in Berlin auf. Zwei Mitglieder des Ensembles »Ramba Zamba«, das aus Menschen mit Behinderungen besteht, verschaffen sich mit ihrer Musik Gehör und erzählen in bewegenden Texten, warum sie leben wollen. Auftakt zur Eröffnung der (temporären) Open-Air-Ausstellung »Tiergartenstraße 4 – Geschichte eines schwierigen Ortes«.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin spricht vor knapp 1000 Menschen im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin-Mitte zur Eröffnung der Portalausstellung im DHM mit über 40 dezentralen, über die Stadt verteilten Projekten.

Rita Vowe, Tochter des im Außenlager von Neuengamme von einem Kapo erschlagenen Rukeli Trollmann, Sinto und zwangssterilisierter deutscher Boxmeister, richtet vor Schulklassen und Anwohnern auf dem Gelände des ehemaligen »Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg« in Berlin-Lichtenberg aus einen leidenschaftlichen Appell an die Jugend, nichts der Vergessenheit anheimzugeben und für die Vielfalt heute einzutreten, bevor sie einen kleinen Blumenstrauß an das Bild ihres Vaters heftet, das sich auf einer der drei Litfaßsäulen zur Geschichte dieses Arbeits- und Bewahrungshaus für Ausgegrenzte in der NS-Zeit befindet.

Die Bundeskanzlerin spricht auf der Eröffnung der Ausstellung der Stiftung Topographie des Terrors »Berlin 1933 – Der Weg in die Diktatur«. Die Kanzlerin sagt in ihrer Rede, zum Aufstieg der NSDAP sei es gekommen, weil Teile der Elite und der Gesellschaft daran mitwirkten, »vor allem aber, weil die allermeisten in Deutschland diesen Aufstieg zumindest duldeten«.

»Spuren, Hohlräume, Leerstellen. Kristallglanz – eine fragmentarische Rekonstruktion«, zeigt die Künstlerin Seraphina Lenz in einer kleinen Vitrine auf dem Gehweg vor einem Drogeriemarkt am Kurfürstendamm in Berlin-Charlottenburg. Sie hat nach einer Inventarliste einer jüdischen Emigrantin deren später von den Finanzbehörden versteigerten Hausrat, deren Kristallgläser, -vasen und -schalen auf dem Trödelmarkt nachgekauft und auf brüchigem Glas arrangiert, um auf das zurückgelassene und geraubte Hab und Gut jüdischer Berlinerinnen und Berliner während der NS-Zeit hinzuweisen.

Im Deutschen Technikmuseum in Berlin-Kreuzberg werden in der regulären Ausstellung besondere Hinweistafeln zu jüdischen Erfindern und Unternehmern aufgestellt, wie z.B. zu dem Hauptfinder der Acetylsalicylsäure (Aspirin), den nach Theresienstadt deportierten Charlottenburger Chemiefabrikanten Arthur Eichengrün.

Im DHM wird der Sammelband »Berlin 1933–1945: Stadt und Gesellschaft im Nationalsozialismus« vorgestellt: Als wissenschaftlicher Begleitband zum Themenjahr herausgegeben von Michael Wildt und Christoph Kreutzmüller wird hier zum ersten Mal die Entwicklung und Veränderung der Metropole Berlin unter der Herrschaft des Nationalsozialismus gezeigt.

Die Berliner Geschichtswerkstatt stellt in Berlin-Wedding eine Smartphone-App mit Zeitzeugeninterviews zum Schicksal der mehr als 500 000 Zwangsarbeiter in Berlin in den mehr als 3000 Berliner Zwangsarbeiterlagern vor.

Das sind einige der über 550 Veranstaltungen (Stand Mai 2013) von mehr als 140 Veranstaltern des Berliner Themenjahres »2013 – Zerstörte Vielfalt«, die in diesem Jahr anlässlich des 80. Jahrestages der Machtübertragung an die Nationalsozialisten sowie des 75. Jahrestages der Novemberpogrome in allen Berliner Bezirken und aus unterschiedlichen Perspektiven den Bogen schlagen von der zerstörten Vielfalt in der NS-Zeit (und deren Folgen für die Kommune Berlin) zur heutigen – wieder – deutschen Hauptstadt Berlin, die sich anschickt, etwas von der Anziehungskraft der Metropole Berlin in den Zwanziger und frühen Dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts wieder zu erlangen.

### **Projektstart**

Wie kam es zu dem Projekt, das bereits zum 50. Jahrestag der Machtübertragung von einer bunten Basisgruppe angedacht und dann ohne jede öffentliche Förderung und damit auch weitgehend unbeachtet angeschoben worden war? Diesmal ging die Initiative im Dezember 2009 (auch als Reaktion auf kritische Stimmen zum Themenjahr 2009 – Friedliche Revolution und Mauerfall und der weltweit übertragenen Veranstaltung zum Mauerfall vor dem Brandenburger Tor, die den 9. November auch als Tag der deutschen NS-Geschichte reklamierten) von der Senatskulturverwaltung aus, die zu einem Gespräch über das Thema einlud, zu dem für alle überraschend mehr als hundert Interessenten aus der Gedenkstätten- und Museumslandschaft Berlins erschienen. Später kamen Künstlerinnen und Künstler, Museen, Archive, Gewerkschaften, öffentliche Betriebe, die Industrie- und Handelskammer, die Hochschulen und Universitäten, die Kirchen und viele andere hinzu. Bis heute stoßen immer neue Partner mit weiteren Veranstaltungen dazu und werden in die Kommunikation mit aufgenommen. Das Thema schien also keineswegs, wie einige kritische Stimmen zu diesem Zeitpunkt anmerkten, »gegessen« zu sein, sondern ist aktuell wie eh und je. Vielleicht harrt es mit Blick auf die NSU-Morde und das offenbar gesellschaftlich noch immer mangelnde Bewusstsein für den Wert einer gesellschaftlichen Vielfalt sogar noch dringender der Bearbeitung als gedacht.

Entlang eines Grundsatzpapiers von Prof. Wildt und Dr. Kreuzmüller sowie des Gedenkstättenreferenten der Kulturverwaltung wurde das Themenjahr mit Unterstützung des Kulturstaatssekretärs André Schmitz gemeinsam mit den Projektinitiativen und Gedenkstätten entwickelt und im Folgenden im kontinuierlichen Dialog mit den Projektpartnern organisiert sowie versucht, die erforderlichen Mittel einzuwerben. Die Koordination wurde der themenjahrerfahrenen landeseigenen Kulturprojekte Berlin GmbH übertragen.

### **Ziele des Themenjahres**

Was waren nun die Ziele eines solchen Themenjahres (die in Berlin wie 2009 – Friedliche Revolution und Mauerfall, 2005 – 60 Jahre Kriegsende etc. bereits eine Tradition haben)?

■ Erinnerung an Jahrestage der Berliner Geschichte als Anlass der Hebung des Geschichtsbewusstseins. Mehr als 2,1 Millionen der derzeit 3,5 Millionen Berline-



Präsentation von 40 der über 120 stadtweiten Projekte in der Wechselausstellung des Deutschen Historischen Museum: »Zerstörte Vielfalt. Berlin 1933-1938«. Foto: Kulturprojekte Berlin.



Rita Vowe und Rainer E. Klemke am Rukeli-Bild der Partnersäule zur Ausstellung »Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg im Nationalsozialismus«. Foto: Thomas Irmer

## ZERSTÖRTE ~~X~~VIelfalt

BERLIN 1933-1938-1945

Gemeinsames Logo für alle Veranstaltungen im Rahmen des Themenjahrprogramm »Zerstörte Vielfalt«

rinnen und Berliner sind nach der Wiedervereinigung in die Stadt gezogen oder hier geboren worden. Angesichts der Fülle von zeitgeschichtlichen Orten und Ereignissen in der Stadt sollten die NS-Geschichte und deren Auswirkungen auf das heutige Berlin in den unterschiedlichsten Bereichen kommuniziert und nachhaltig sichtbar gemacht werden.

- Erinnerung an verfolgte und ermordete Berlinerinnen und Berliner. Viele dieser Menschen haben die Kultur, die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik in Berlin maßgeblich geprägt und tun dies teilweise bis auf den heutigen Tag, ohne dass dies der Durchschnittsbevölkerung bewusst ist. Diese Menschen, die nach dem Willen der Nationalsozialisten für immer aus dem Gedächtnis der Nation gelöscht werden sollten, gilt es wieder in unser Bewusstsein zurückzurufen und damit dieses Ziel zu durchkreuzen.
- Abbau des Forschungsdefizits zur kommunalen Berliner NS-Geschichte. Berlin als zentraler Ort des Reiches mit den obersten Reichsbehörden und -organisationen ist ein weites Feld für die zeitgeschichtliche Forschung. Demgegenüber ist die Bearbeitung der kommunalen Ebene im NS weitgehend nur von der Berliner »Grabe, wo Du stehst«-Bewegung, den Geschichtswerkstätten und Stolpersteininitiativen bearbeitet worden und stand nicht im öffentlichen Fokus.
- Transfer in die Gegenwart – Wertschätzung der Vielfalt. Die Berliner NS-Geschichte stellt das Anschauungsmaterial dazu dar, wohin Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikale Umtriebe führen: Zur Vertreibung und zum Mord an Ausgegrenzten (gleich welcher Gruppe), zum Krieg mit seinem Massensterben und zur Zerstörung der Gesellschaft und schließlich auch unserer Stadt bis hin zu deren Teilung.

Ein weiteres Ziel war es, neue Orte temporär oder dauerhaft zu kennzeichnen beziehungsweise im Rahmen des Themenjahres überhaupt erst zu etablieren und ihre Geschichte zu zeigen, beispielsweise:

- das Arbeits- und Bewahrungshaus Rummelsburg im NS in Berlin-Lichtenberg (Errichtung eines dauerhaften Gedenkortes für als »asozial« Ausgegrenzte und Verfolgte)
- den NS-Folterkeller aus der frühen Phase der NS-Herrschaft in den ehemaligen Eisenbahnregimentskasernen in der Papestraße in Berlin-Tempelhof als neuer Gedenkort mit Dauerausstellung
- Ausstellung T4-Tiergarten – das »Euthanasie«-Planungszentrum in Berlin-Tiergarten als Vorläufer des im nächsten Jahr zu errichtenden Denkmals
- das ehemalige Zwangsarbeiterlager in Berlin-Kaulsdorf als dauerhafte Tafel-Installation
- die jüdische und NS-Geschichte der Insel Schwanenwerder in Berlin-Zehlendorf mit einer dauerhaften historischen Markierung mit Tafeln der Berliner Geschichtsmeile
- die Erzählung der Geschichte der Reformsiedlungen im Nationalsozialismus in Berlin-Neukölln und -Tempelhof
- die Gedenkstätte Zwangsarbeiterlager in Berlin-Schöneweide mit ihrer ersten Dauerausstellung und weiterem Ausbau (künftig: neue Baracke für die Geschichte der italienischen Zwangsinternierten, neue Baracke zur Erinnerung an die dort untergebrachten »Petrix«-Zwangsarbeiter und die Herrichtung einer weiteren Baracke für Jugendbegegnungen, Workshops und Seminare mit ausfinanziertem Jugendprogramm)





Partnersäule zur Ausstellung auf dem Savignyplatz. Foto: Kulturprojekte Berlin

Kurfürstendamm-Vitrine zum Thema des versteigerten Hausrats der Jüdin Seraphina Lenz. Foto: Herter



Stadtmarkierung auf dem Kurfürstendamm zum Thema »Unerwünschte Künstler«. Foto: Rainer E. Klemke

- das KZ Columbiahaus in einer Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, mit archäologischen Grabungen auf dem ehemaligen Flughafen und der dauerhaften Installation einer historischen Markierung zur NS-Geschichte in Tempelhof
- der Friedhof der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik (»Euthanasie«-Tote) in Berlin-Reinickendorf (rbb-Reportage)
- die Ausstellung zur NS-Pressegeschichte im Ullsteinhaus in Berlin-Tempelhof als Grundstein für ein künftiges Deutsches Presseuseum
- das Berliner Zeitungsviertel in Berlin-Kreuzberg mit dauerhaften Tafeln der Geschichtsmeile zu den jüdischen Verlegern und Journalisten sowie der Gleichschaltung der Presse im Nationalsozialismus.

### **Neue Formen der Publikumsansprache**

Bei den Formen der Erinnerung und den Veranstaltungen werden im Themenjahr neuere Formen der Ansprache eines möglichst neuen und jüngeren Publikums erprobt und genutzt. Ausgehend von den Erfahrungen der großen Open-Air-Ausstellung zur »Friedlichen Revolution« auf dem Alexanderplatz und der Open-Air-Ausstellung am Checkpoint Charlie, wo bei Publikumsbefragungen rund 60% derer, die dort stehen geblieben waren und gelesen hatten, erklärten, dass sie noch nie in einem zeitgeschichtlichen Museum oder einer Gedenkstätte gewesen waren, versucht das Themenjahr mit sehr vielen Veranstaltungen und Präsentationen im öffentlichen Raum die Menschen zu erreichen, die nicht zu dem beständig älter (und kleiner) werdenden Stammpublikum der üblichen Veranstaltungen zur NS-Geschichte gehören. Zudem muss mit einem begrenzten Etat eine größtmögliche Öffentlichkeit auf einer Fläche angesprochen werden, die sechsmal größer ist als die der zweitgrößten deutschen Stadt Hamburg.

Bestimmendes Element ist dabei der Einsatz von drei beziehungsweise vier Meter hohen (Papp-)Litfaßsäulen mit einem Meter Durchmesser, auf denen immer mit biografischem Bezug auf das Themenjahr, auf die Einzelveranstaltungen und auf die nächstgelegenen Veranstaltungsorte im Umfeld hingewiesen beziehungsweise die entsprechenden Geschichten erzählt werden:

- 40 Porträtsäulen mit Bildern und Biografien von 200 bedeutenden Berlinerinnen und Berlinern aus allen gesellschaftlichen Bereichen, die die gesellschaftliche und urbane Vielfalt Berlins der 1920er-Jahre prägten und nach 1933 Berufsverbote erhielten, verfolgt, vertrieben, inhaftiert, deportiert oder ermordet wurden.
- 11 Stadtmarkierungen, die jeweils vom konkreten Ort ausgehend Schwerpunktthemen behandeln (wie z.B. »Widerstand und Öffentlichkeit« am Lustgarten, »Vom Boykott zum Pogrom« auf dem Wittenbergplatz, »NS-Kulturpolitik« am Kurfürstendamm, »Sport und Olympiade 1936« am Olympiastadion, »Der Weg der Deportierten« am Mathilde-Jacob-Platz etc.); jüdische Betriebe, NS-Kultur- und Sportpolitik etc. an historisch bedeutsamen und heute (wieder) prominenten Orten im Stadtgebiet mit insgesamt 30 Säulen.
- Über 70 Partnersäulen vor den Veranstaltungsorten, die die Projekte ankündigen und den Bezug zum Rahmenthema herstellen.
- periodische Großflächenwerbung in Partnerschaft mit der Wall AG im Stadtgebiet, auf Bahnhöfen, kommerziellen Litfaßsäulen und City Light Postern, letztere als Sponsoring.



Sonderausstellung  
»Berlin 1930 – Der Weg  
in die Diktatur« im  
Dokumentations-  
zentrum Topographie  
des Terrors

Eröffnung der Sonder-  
ausstellung mit Sonder-  
ausstellung mit  
Bundeskanzlerin  
Angela Merkel am  
30. Januar 2013.  
Beide Abbildungen:  
Stiftung Topographie  
des Terrors,  
Britta Scherer

Weitere Formen der Publikumsansprache sind:

- Das große Mit-mach-Projekt für Jugendliche mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung und allen Berliner Schulen und Jugendeinrichtungen: Hier wird – auch über die sozialen Medien – dazu aufgerufen, Smartphone-Filme zu den Themen dieses Jahres, sei es in der Rückschau oder hinsichtlich dessen, was den jungen Menschen Vielfalt heute und die NS-Verbote von damals (»Du darfst nicht Deine Musik hören«, »Du darfst Deine Freunde nicht mehr treffen« etc.) für ihr Leben bedeuten, mit eigener spezieller Website (s.a. z.B. [www.youtube.com/user/UnsereVielfalt2013](http://www.youtube.com/user/UnsereVielfalt2013)).
- Mit der sogenannten »Portalausstellung« im DHM wurde dem dezentralen Grundcharakter des Themenjahres Rechnung getragen. Anders als bei den üblichen zeitgeschichtlichen Ausstellungen handelt es sich hier nicht darum, dass Kuratoren ein Thema abhandeln, sondern darum, dass mehr als 40 Projekte zum Themenjahr in einem Rahmen mit den entsprechenden thematischen Bezügen zu den jeweiligen Ereignissen und Sachverhalten von Berlin im NS an einem zentralen Ort vorgestellt werden, mit dem Ziel, das Publikum für eben diese anderen Veranstaltungen (vom Schicksal Farbiges oder wegen Homosexualität verfolgter Berlinerinnen und Berliner, über Chansonabende zu jüdischen Komponisten, die Gleichschaltung der Berliner Presse über die Emigration aus Berlin bis hin zum »Bleiben und der Rückkehr« von Berliner Jüdinnen und Juden nach Kriegsende) einzuladen.
- Ein Booklet-Beileger in der größten Berliner Programmzeitschrift, Programmfolder und je 1000 Postkarten für alle Veranstaltungen.
- Eine enge Kooperation mit »visit Berlin«, u.a. die Verteilung von Programmbooklets und Postkarten in den vier Berlin Tourist Infos an den zentralen Orten in der Stadt, aktive Einbindung des Themenjahres im Internet, Kooperation bei der Pressearbeit besonders der Betreuung der Auslandspresse mit allen Projektpartnern.
- Apps und internetbasierte Downloads zur NS-Geschichte (Kurfürstendamm, Zwangsarbeit, Jüdisches Berlin, Stolpersteine, Orte der NS-Geschichte, Biografien Verfolgter und Ermordeter u.a.m.), um digital geleitet auf den Spuren der Geschichte durch die Stadt wandern zu können.
- Die Virtuelle Karte von Berlin im NS mit allen Veranstaltungs- und NS-Orten, den Stolpersteinorten sowie verorteten jüdischen Biografien unter [www.berlin.de/2013](http://www.berlin.de/2013).
- Die rbb-Reportage-Reihe »Wegmarken« als Beitrag des rbb-Inforadios zum Themenjahr. ([www.inforadio.de/dossier/projekt\\_wegmarken/wegmarken\\_\\_\\_berlin.html](http://www.inforadio.de/dossier/projekt_wegmarken/wegmarken___berlin.html))
- Die Berliner Morgenpost veröffentlicht täglich Zeitungsmeldungen aus den 1930er Jahren in Kooperation mit dem Projektpartner Deutsches Pressemuseum im Ullsteinhaus.

### **Fördermittel**

Wie ist so etwas zu finanzieren? Vor 30 Jahren, zum 50. Jahrestag, wurde keine öffentliche Förderung gewährt. Jetzt – mit einem gewandeltem gesellschaftlichem Bewusstsein – aber gab es erstmals öffentliche Unterstützung mit einem »Matching-Fonds« (eine Grundfinanzierung bis zu 15000 €, mit denen weitere Mittel anderswo eingeworben werden konnten) des Hauptstadtkulturfonds für juriierte Projekte (400 000 €) sowie Mittel der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (2,5 Millionen €) für die Open-Air-Projekte, die Portalausstellung, die zentrale Pressearbeit, die Rahmenkoordination und -werbung durch die landeseigene Kulturprojekte Berlin GmbH für alle Projekte.



Alle Abbildungen:  
Wechselausstellung  
»Zwischen den Zeilen –  
Zeitungspressen als  
NS-Machtinstrument«  
im Dokumentations-  
zentrum Topographie  
des Terrors.  
Fotos: Stiftung  
Topographie des Terrors,  
Britta Scherer (o.),  
Kurt Blank-Markard (u.)

Einwerbung weiterer Sponsorenmittel in mindestens der gleichen Höhe erfolgte durch die Projekte wie auch die Kulturprojekte Berlin GmbH. Die Kulturprojekte Berlin übernahmen für die Projekte auch die Einholung der erforderlichen öffentlichen Genehmigungen und die generellen Freistellungen/Ermäßigungen bei großen Bildrechteinhabern.

### **Evaluierung der Erfolge der Publikumsansprache**

Erste Rückmeldungen (nach über drei Monaten Laufzeit) von den Veranstaltern und teilnehmende Beobachtung zeigen, dass die als Ziel gesetzte Erschließung neuer Publikumsschichten für das Thema wie auch für die beteiligten Projekte durch die in der breiten Themenfülle und der dezentralen Struktur angelegten verschiedenen Zugangsmotivationen erfolgreich umgesetzt werden kann. Bleibt das so, können bis zum Ende des Themenjahres mehr als 4 Millionen Besucherkontakte erwartet werden. Die Quantität der Ansprache ist das Eine. Gemeinsam mit den Projektpartnern soll jedoch Anfang nächsten Jahres eine Evaluation versucht werden, was mit dem Themenjahr qualitativ erreicht werden konnte. Wer wurde erreicht? Was hat das Publikum mitgenommen aus den Veranstaltungen? Haben sich Einstellungen geändert? Das und mehr werden die Fragen sein, denen nachgegangen werden soll, um daraus auch Konsequenzen für die zeitgeschichtliche Bildungsarbeit im 21. Jahrhundert in Berlin zu ziehen.

### **Nachhaltigkeit**

Die oben angeführten neuen bzw. erweiterten Gedenkorte und die historischen Markierungen (sowie derzeit mehr als 250 Biographien) werden ebenso wie der im Juni 2013 verlegte 5000. Berliner Stolperstein (und die Standorte aller Stolpersteine mit den – soweit vorhanden – entsprechenden Biografien) auf der nachhaltigen virtuellen NS-geschichtlichen Berlin-Karte (unter [www.berlin.de/2013](http://www.berlin.de/2013)) auch künftig die Berliner Geschichtslandschaft bereichern und erschließen. Vieles wäre ohne das Themenjahr nicht oder vielleicht noch nicht auf den Weg gebracht worden. Eine überaus umfangreiche Berichterstattung in den regionalen, den überregionalen sowie vor allem in den internationalen Medien hätte nicht oder nicht so ausführlich stattgefunden und viele Tausend Menschen, die dieses Themenjahr vorbereitet haben und es als in der einen oder anderen Weise Aktive tragen, wären nicht in dieser Weise mobilisiert, durch die öffentliche Aufmerksamkeit belohnt und für die weitere Arbeit motiviert worden, würde ein solches Themenjahr in der deutschen Hauptstadt nicht stattgefunden haben. Das Projekt hat ganz offenbar auch an anderen Orten, wie z.B. in Lübeck oder Potsdam Anregung gegeben und Mut gemacht, sich ebenfalls den historischen Daten mit entsprechenden Veranstaltungen zu widmen. Damit wäre viel erreicht für die politische Bildung und den nachhaltigen Ausbau der Erinnerungslandschaft.

Die Homepage für dieses Veranstaltungsprogramm lautet: [www.berlin.de/2013](http://www.berlin.de/2013)

**Rainer E. Klemke** leitete seit 1995 das Gedenkstättenreferat der Berliner Kulturverwaltung und war als solcher am Aufbau und Ausbau der Berliner Erinnerungslandschaft maßgeblich beteiligt. Seit September 2012 im Ruhestand, arbeitet er in der Projektleitung des Berliner Themenjahres »2013 – Zerstörte Vielfalt« und leitet den Runden Tisch zum künftigen Gedenkort Rummelsburg in Berlin-Lichtenberg.

# Gedenkstätten Brandenburg an der Havel

NEUE FORSCHUNGSERGEBNISSE ZUR GESCHICHTE  
DES STRAFVOLLZUGS ZWISCHEN 1920 UND 1945

*Sylvia de Pasquale*

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten konnte im letzten Jahr endlich den Gedenkort für die Opfer der »Euthanasie«-Morde eröffnen. Eindrucksvoll stellt hier eine neue Ausstellung die Geschichte der Gasmordanstalt im Zentrum der Stadt Brandenburg an der Havel dar, in der 1940 mehr als 9 000 Menschen mit Kohlenmonoxid getötet wurden. Hierüber berichtete die Ausstellungskuratorin Dr. Astrid Ley in der Ausgabe des GedenkstättenRundbriefs vom letzten Dezember (Nr. 168, 12/2012).

Die Gedenkstätten Brandenburg an der Havel haben aber satzungsgemäß nicht nur die Aufgabe, sich mit den vergessenen Opfern der »Euthanasie«-Verbrechen zu beschäftigen, sie betreiben auch eine Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Brandenburg, wo während des Nationalsozialismus vermutlich 2 042 Männer meist mit dem Fallbeil hingerichtet wurden. Hier soll neben dem Gedenken an diese Männer, die mehrheitlich aus politischen Gründen zum Tode verurteilt wurden,<sup>1</sup> über die Strukturen des unmenschlichen Strafvollzugs während des Hitlerregimes sowie über die NS-Justiz informiert werden.

Der Ort hat zudem eine sogenannte zweifache Vergangenheit. Während der gesamten DDR-Zeit saßen hier nicht nur kriminelle Häftlinge, sondern auch viele politisch Verfolgte ein, sodass die Strafvollzugsanstalt Brandenburg in den 1950er- und 1960er-Jahren die größte politische Haftanstalt der DDR war.<sup>2</sup> Sich mit dem Schicksal der Häftlinge und den Strukturen des DDR-Strafvollzugs und der DDR-Justiz zu beschäftigen, gehört daher ebenfalls zu den Aufgaben der Gedenkstätten Brandenburg an der Havel.

Ältester Teil der heute mit drei Themenkomplexen (»Euthanasie«-Morde, NS-Justiz und -Strafvollzug, DDR-Justiz und -Strafvollzug) beschäftigten Gedenkstätten Brandenburg an der Havel ist die Gedenkstätte für die Hinrichtungsoffer. Sie hat bereits eine wechselvolle Geschichte, die wiederum eng mit der Geschichte der DDR-Diktatur verwoben ist: Schon in den letzten Wochen vor der Befreiung machte sich der Häftling Walter Hammer, der durch seine Arbeit in der Verwaltung des Zuchthauses Brandenburg-Görden Zugang zu Verwaltungsakten hatte, Notizen für eine Veröffentlichung über die Geschichte der Strafanstalt. Während seiner Genesung im Haftkrankenhaus der Anstalt von Mai bis Juli 1945 sammelte er dann im Zuchthaus Akten, die es ihm erlaubten, Auskünfte über Häftlinge an Angehörige und Behörden im In- und Ausland zu geben. Wenige Monate später gründete er das »Forschungsinstitut Zuchthaus Brandenburg«, das im Januar 1948 auf Beschluss der Landesregierung Brandenburg Teil des Landesarchivs Potsdam wurde. Hier sammelte er weiterhin Dokumente aus der Strafvollzugsverwaltung, Berichte ehemaliger Mithäftlinge, Fotos und Zeitungsartikel sowie Material für Gerichtsverhandlungen gegen ehemalige Aufseher und an Hinrichtungen beteiligte Staatsanwälte. Ziel Hammers war es unter anderem ein Museum und eine – wie er sich ausdrückte – »Weihestätte« für die ermordeten Widerstandskämpfer im Zuchthaus aufzubauen, deren Eröffnung für den 10. Juni 1950 geplant war. Er wollte das »unmenschliche System des NS-Strafvollzugs« beschreiben sowie Berichte über

die verschiedenen Richtungen der Widerstandskämpfer mit ihrem Engagement gegen das Nazi-Regime erstellen. »Das in der Entwicklung begriffene Werk«, so Hammer im September 1949, wird »internationalen Charakter« tragen. »Erinnerung an gemeinsam durchlittene Not« sollte »über alle Grenzen hinweg neue Wege zur Verständigung und Versöhnung bahnen, nicht zuletzt aber auch dazu beitragen, die nationale Einheit Deutschlands wiederherzustellen«. Er hatte die Absicht, die Widerstandsbewegung in ihrer Breite und Unterschiedlichkeit zu beleuchten. Er wollte sich nicht auf die Verdienste der Kommunisten konzentrieren und den nach 1945 in der SBZ eingeschlagenen politischen Weg als einzig möglichen, schon in den Lagern und Haftanstalten von allen Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten angestrebten, darstellen. Daher überwarf er sich schließlich mit den Machthabern der DDR und floh am 25. Februar 1950, um seiner Verhaftung zu entgehen, in den Westen Deutschlands. Hier begann er erneut, Unterlagen über Schicksale von Opfern des Widerstandes und von Verfolgten zusammenzutragen. Die geplante Monografie über das Zuchthaus Brandenburg zu schreiben, gelang ihm aber aufgrund ernsthafter Erkrankung auch bis zu seinem Tod am 9. Dezember 1966 nicht.<sup>3</sup>

Unabhängig von den Bemühungen Hammers wurde 1947 am Marienberg in Brandenburg eine große Mahnmalsanlage zur Erinnerung an die im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichteten Widerstandskämpfer geschaffen. Teil der Anlage ist eine acht Meter hohe Gedenkwand aus rotem Klinker mit bronzenem Ehrenkranz und schmiedeeiserner Inschrift »Zum Tode geführt / und siehe / wir leben«. Davor steht die großdimensionierte Bronzeskulptur »Gefesselter Kämpfer«.<sup>4</sup>

Nach der Flucht Hammers lag die Beschäftigung mit der Geschichte Brandenburg-Gördens in der DDR lange brach. Dies änderte sich nach dem Machtantritt Erich Honeckers 1971. Der Regierungschef (Generalsekretär des ZK der SED und Staatsratsvorsitzende) der DDR war nach seiner Verurteilung durch den Volksgerichtshof wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« von 1937 bis 1945 in Brandenburg-Görden inhaftiert gewesen.<sup>5</sup>

Anlässlich des 30. Jahrestags der Befreiung am 27. April 1975 wurde im Zuchthaus am Ort der Hinrichtungen eine Gedenkstätte eingerichtet, die aus dem Hinrichtungsraum und zwei Vorräumen bestand und bis heute existiert. Im Hinrichtungsraum befinden sich eine Guillotine und eine Vorrichtung zum Erhängen. Ob letztere im Original erhalten ist oder ob es sich um einen Nachbau handelt, ist dabei nicht eindeutig geklärt. Bekannt ist, dass es sich bei dem ausgestellten Fallbeil nicht um dasjenige handelt, mit dem in Brandenburg Menschen hingerichtet wurden. Vermutet wird, dass es sich bei einer Guillotine, die sich im Besitz des Deutschen Historischen Museums (DHM) befindet, um das ehemalige Brandenburger Fallbeil handelt. Wo das im Gedenkort in der JVA Brandenburg gezeigte Fallbeil während der NS-Zeit im Einsatz war, ist unbekannt. Wichtig zu wissen ist jedoch, dass beide Guillotinen, die in Brandenburg ausgestellt und die im DHM befindliche, wahrscheinlich noch in der DDR zur Vollstreckung von Todesurteilen genutzt wurden.<sup>6</sup> In dem Vorraum, der an den Hinrichtungsraum grenzt, befanden sich zwischen 1940 und 1945 die Aufenthalts- und Schlafräume des Scharfrichters und seiner drei Gehilfen. 1975 wurde dort eine Gedenkwand mit den Namen der Länder, aus denen die hingerichteten Häftlinge stammten und mit dem eigentlich aus der KZ-Geschichte stammenden Symbol des roten Winkels angebracht.<sup>7</sup> Vor der Wand steht die Plastik einer Hand mit zum Schwur erhobenen Fingern, die an das sogenannte





Gedenkveranstaltung mit mehreren hundert Menschen und militärischem Zeremoniell an der Mahnmalsanlage auf dem Marienberg in Brandenburg an der Havel, 1970er Jahre. Quelle: M. Frenzel u.a.: Gesprengte Fesseln, Berlin 1976/2, o.S.

Gelöbnis von Bagow erinnern soll. Hier machten politische Häftlinge des Zuchthaus Brandenburg-Görden, die meisten von ihnen KPD-Mitglieder, nach der Befreiung auf ihrem Weg in die Heimatorte Rast. Sie gedachten ihrer im Zuchthaus hingerichteten Kameraden. In einer Entschließung beschworen sie die Einheit der Arbeiterklasse und gelobten, im Bündnis mit der Sowjetunion für den Aufbau des Sozialismus und die soziale und nationale Freiheit Deutschlands zu kämpfen.<sup>8</sup> Im zweiten Vorraum wurde eine Vitrine mit Gegenständen ehemaliger Häftlinge des Zuchthauses aus ihrer Inhaftierungszeit gezeigt, darunter z.B. ein selbst gefertigtes Schachspiel.<sup>9</sup>

Die 1947 auf dem Marienberg in Brandenburg geschaffene Mahnmalsanlage wurde zu einem Ort für Massenkundgebungen und Veranstaltungen umgestaltet und erweitert.<sup>10</sup> Hier inszenierten die SED-Oberen jedes Jahr eine staatlich gesteuerte Gedenkveranstaltung mit vielen Hundert Menschen und militärischem Zeremoniell, in der sie an den »Widerstandskampf der antifaschistischen Häftlinge« im Zuchthaus Brandenburg erinnerten. Die (DDR-)Medien berichteten eingehend über diese Veranstaltungen.<sup>11</sup>

Kurz vor dem Ende der DDR unternahm die Regierung des Staates noch einmal den Versuch, die Gedenkstätte Brandenburg-Görden aufzuwerten. Sie sollte in einer Reihe mit den »Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück der Legitimation der SED-Regierung und ihres Generalsekretärs Erich Honecker dienen. Auf Beschluss des Sekretariats des ZK der SED wurde 1988 die »Nationale Mahn- und Gedenkstätte Brandenburg« gegründet, für die das Ministerium für Kultur der DDR ein überdimensioniertes neues Museum plante. Gedenkstätte und Museum sollten in erster Linie den »opferreichen antifaschistischen Kampf der Häftlinge des Zuchthauses Brandenburg und anderer faschistischer Haftanstalten würdigen« und zeigen, »wie das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR erfüllt wird«. Nicht zuletzt sollte das Museum dazu dienen, die angeschlagene SED-Herrschaft zu stabilisieren. Nach der Wende abgewickelt, ging die »Nationale Mahn- und Gedenkstätte Brandenburg« 1993 in stark verkleinerter Form (mit nur einem Dienstposten) in die neugegründete Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten über und hieß bis 2012 »Dokumentationsstelle Brandenburg/Havel«.<sup>12</sup> Gerade der Umstand, dass der letzte Staatschef der DDR, Erich Honecker, in Brandenburg inhaftiert gewesen war

und der Ort in der DDR der geschichtspolitischen Selbstdarstellung des SED-Regimes gedient hatte, gereichte der Gedenkstätte jetzt nicht zum Vorteil.<sup>13</sup>

Aufgabe der Gedenkstätten Brandenburg an der Havel wird es in den nächsten Jahren nicht nur sein, eine interessante und anspruchsvolle pädagogische Arbeit für die Gedenkstätte für die Opfer der »Euthanasie«-Morde aufzubauen. Sie will eine solche Arbeit auch für die Themen Strafvollzug und Justiz während des Nationalsozialismus und während der DDR leisten.<sup>14</sup> In Bezug auf Strafvollzug und Justiz bietet der Ort die Möglichkeit, vergleichend zu arbeiten. Während der Nationalsozialismus seine Gefangenen rassenideologischen und rassenhygienischen Vorstellungen unterwarf, die häufig ihren Tod bedeuteten, und der Strafvollzug willig an der Verfolgung des politischen Widerstands und am Vernichtungskrieg teilnahm, war der Strafvollzug in der DDR darauf gerichtet, die Häftlinge durch strenge Disziplinierung und unter Anwendung physischer oder psychischer Gewalt zur Integration in das politische System zu zwingen.<sup>15</sup> In Bezug auf »Euthanasie« und NS-Strafvollzug lassen sich dagegen Parallelen finden: Sowohl Behinderte und Kranke als auch Straftäter waren Opfer rassenhygienisch motivierter Morde.

Es ist beabsichtigt, eine Dauerausstellung zu den Themen Strafvollzug und Justiz zu erarbeiten und die pädagogische Arbeit auf eine moderne Grundlage zu stellen. Die Gedenkstättenlehrerinnen, die seit vielen Jahren Schulklassen bei einem Besuch in der Gedenkstätte im Zuchthaus Brandenburg-Görden begleiten und pädagogische Programme anbieten, vermissen eine solche Ausstellung seit Langem. Sie würde den Ort auch noch attraktiver für Besucher machen. Neue Forschungen zu den genannten Themenkomplexen werden dabei helfen. So wird demnächst Tobias Wunschiks Studie zum DDR-Strafvollzug in Brandenburg erscheinen. Leonore Ansorg wird im Herbst diesen Jahres ihren Band zu den politischen Häftlingen im Zuchthaus Brandenburg während der NS-Zeit veröffentlichen. Hier geht es um die Haftbedingungen und die Behandlung der »Politischen« im Strafvollzug. Der Band enthält aber auch viele Informationen über die Mitglieder des Widerstands, die in Brandenburg-Görden inhaftiert waren, so z.B. über Robert Havemann von der Widerstandsgruppe »Europäische Union«, über den Kommunisten Erich Honecker, der später SED-Chef und Staatsratsvorsitzender der DDR wurde, sowie über Sozialdemokraten, Gewerkschafter, bürgerliche Demokraten und Widerständler des 20. Juli 1944. Meine Arbeit unter dem Titel »Zwischen Resozialisierung und ›Ausmerze‹. Strafvollzug in Brandenburg an der Havel (1920–1945)« erscheint in Kürze in der Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

In dieser Studie kann gezeigt werden, dass während der Weimarer Republik durchaus eine Humanisierung des Strafvollzugs einsetzte, die mit dem Ziel verbunden war, die Häftlinge zu resozialisieren. Symbol der Bemühungen Preußens für einen »modernen Erziehungsstrafvollzug« war nicht zuletzt der Bau der Strafanstalt Brandenburg-Görden ab 1927. Allerdings implizierte die Idee, Menschen im Strafvollzug »bessern« zu wollen, den Gedanken, es müsse zunächst geprüft werden, wer »besserungsfähig« und wer »schwersterziehbar«, also im Grunde »unverbesserlich« war. Gerade diese Unterscheidung wurde richtungsweisend für den Strafvollzug während des Nationalsozialismus. Disziplin, Sühne und Abschreckung standen nun nach dem erklärten Willen der nationalsozialistischen Regierung im Vordergrund des Strafvollzugs. »Zucht und Ordnung« sowie »Härte« gegenüber den Gefangenen sollte ihre »Besserung« erzielen. Vergünstigungen, Rechte und die Kontrolle des Strafvollzugs durch die Öffentlichkeit

Mahnmalanlage auf dem Marienberg in Brandenburg an der Havel mit der Bronzeskulptur »Gefesselter Kämpfer«. Quelle: Gedenkstätten Brandenburg an der Havel



Hinrichtungsraum im ehemaligen Zuchthaus Brandenburg-Görden. Quelle: Gedenkstätten Brandenburg an der Havel



Gedenkwall vor dem Hinrichtungsraum im ehemaligen Zuchthaus Brandenburg-Görden, Quelle: Gedenkstätten Brandenburg an der Havel



Zuchthaus Brandenburg-Görden, Hauptzufahrt. Quelle: Erich Meffert, Der Neubau der Strafanstalt in Brandenburg, Berlin 1934.

wurden eingeschränkt, schärfere Arreststrafen eingeführt. Ihren deutlichsten Ausdruck fand die »Härte« gegenüber den Gefangenen in der mangelhaften Verpflegung, die bereits ab 1933 zur Folge hatte, dass viele Häftlinge in Brandenburg-Görden Hunger litten. Strengere Strafgesetze und Gesetzesauslegungen gegen kriminelle Straftäter und die Verfolgung des Widerstandes führten nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zur Überfüllung der Zuchthäuser.

Von vielen Strafanstaltsbeamten, darunter vom Brandenburger Anstaltsleiter, sehr begrüßt, wurde 1934 die Sicherungsverwahrung »gefährlicher Gewohnheitsverbrecher« eingeführt. In Brandenburg-Görden wurden die Häuser III und IV mit insgesamt 600 Plätzen zwischen 1936 und 1942 als Sicherungsanstalt genutzt. Die Haftumstände der Verwahrten unterschieden sich kaum von denen der Zuchthausgefangenen. Es kam jedoch hinzu, dass sich ihre perspektivisch unbegrenzte Inhaftierung extrem schlecht auf ihre Psyche und auf ihre körperliche Verfassung auswirkte. Sicherungsverwahrte waren, anders als im heutigen Strafvollzug, in ihrer überwiegenden Zahl keine Gewaltverbrecher, sondern Kleinkriminelle, deren »Gefährlichkeit« in ihren vielen Vorstrafen gesehen wurde. Alle drei Jahre mussten die Gerichte bzw. Staatsanwaltschaften die Anordnung überprüfen. Grundlage dafür waren Gutachten der Strafanstaltsbeamten. Die Beurteilungen offenbarten die Durchdringung der Brandenburg-Gördener Verwaltungsbeamten mit rassenhygienischem bzw. kriminalbiologischem Gedankengut. Sie argumentierten beispielsweise mit erblicher Belastung oder »asozialer Gesinnung« der Straftäter. Darüber hinaus sahen viele das ärmliche Milieu, aus dem viele Straftäter stammten, bereits als Grund dafür an, ihnen die Freiheit zu verwehren und sie so nicht nur an der Begehung von Straftaten, sondern auch an der Fortpflanzung zu hindern. Der Brandenburger Anstaltsarzt Werner Eberhard forderte zudem 1942 öffentlich die Tötung »unwerter« Häftlinge.

Durch »zwangsweise Erziehung durch Arbeit zur Arbeit« sollten sich Häftlinge und Sicherungsverwahrte zur Wiederaufnahme in die »völkische Leistungsgemeinschaft« qualifizieren. Die Arbeit in der Strafanstalt Brandenburg-Görden und ihren Außenkommandos war anstrengend und meist monoton. Trotz des Gebots, die Häftlinge der »Volksgemeinschaft« nach der Haft wieder gesund und arbeitsfähig zur Verfügung zu stellen, war sie schon in der Vorkriegszeit oft gesundheitsschädigend. Immer weniger und zudem qualitativ minderwertige Lebensmittel bei gesteigertem Arbeitspensum führten während des Krieges zu einer Erhöhung der Tuberkulosekrankheiten und Todesfälle.

Seit Kriegsbeginn wurden immer mehr Ausländer aus ganz Europa in Brandenburg-Görden inhaftiert. Ab 1942 stellten sie ungefähr die Hälfte der Insassen. Franzosen, Belgier und Tschechen waren zahlenmäßig am stärksten vertreten. Der Gesetzgebung der Nationalsozialisten, die Juden diskriminierte, folgten bereits ab 1934 entsprechende Verordnungen und Verfügungen im Strafvollzug. Als ab 1942 im ganzen Reich Transporte von Juden in die Vernichtungslager zusammengestellt wurden, gab auch der Strafvollzug seine jüdischen Gefangenen an die Gestapo ab.

Im Laufe der NS-Diktatur wurde es für (Zuchthaus-)Gefangene immer wahrscheinlicher, nach oder auch schon während der Haft, der Polizei übergeben und in einem Konzentrationslager eingesperrt zu werden. Bei der »Asozialenaktion« 1942/43 traf die Justiz bei mehr als 20 000 Personen die Entscheidung, dass sie zur »Vernichtung durch Arbeit« ins Konzentrationslager zu übergeben waren. In der »volksbiologischen« Perspektive radikaler Nationalsozialisten war es notwendig, die kriegsbedingten Verluste

an »gesunder« Volkssubstanz durch gleichzeitige »Ausmerzungen« besonders »minderwertiger« Elemente zu kompensieren.<sup>16</sup> Reichsjustizminister Thierack machte bei Ingangsetzung der »Asozialenaktion« klar, dass er sich durch das Argument, die Gefangenen würden für Rüstungsaufgaben gebraucht, nicht von der höheren Aufgabe der Verbesserung des Erbgutes der Deutschen hindern lassen wollte. Aus Brandenburg-Görden wurden mindestens 1259 Männer zur »Vernichtung durch Arbeit« an die Polizei überstellt. Neben den Kranken und Behinderten sowie den Opfern der Justiz, auch den aus politischen Gründen Verfolgten, möchte die Gedenkstätte Brandenburg in Zukunft auch an die Sicherungsverwahrten erinnern. Sie stellen den Großteil der 1259 zur »Vernichtung durch Arbeit« in die KZ transportierten Männer aus Brandenburg-Görden und gehören bis heute zu den vergessenen Opfern.

**Dr. Sylvia de Pasquale** promovierte zum Strafvollzug in Brandenburg an der Havel zwischen 1920 und 1945. Seit Februar 2013 ist sie Leiterin der Gedenkstätten Brandenburg an der Havel.

- 1 Aber auch unter denjenigen, die wegen krimineller Vergehen hingerichtet wurden, waren viele, die den überzogenen Strafmaßen einer verbrecherischen Justiz zum Opfer fielen. Dazu gehörte z.B. Bronislav Gaidanoff, der am 27. Juni 1942 wegen »versuchten schweren Diebstahls« hingerichtet wurde. (GPA Bronislav Gaidanoff, BLHA Rep. 29, Nr. 4320). Grundlage für das Urteil gegen den 21-Jährigen war die »Volksschädlingsverordnung«, die die Todesstrafe für Personen möglich machte, die ihre Straftat »unter Ausnutzung der besonderen Kriegsverhältnisse« begangen hatten.
- 2 Leonore Ansorg, Politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR: Die Strafvollzugsanstalt Brandenburg, Berlin 2005.
- 3 Vgl. Sylvia de Pasquale, Zwischen Resozialisierung und »Ausmerze«. Strafvollzug in Brandenburg an der Havel (1920–1945), Berlin 2013, Kapitel 1.3.
- 4 Stefanie Endlich, Die Mahnmalsanlage auf dem Marienberg, in: Günter Morsch/Sylvia de Pasquale (Hrsg.), Perspektiven für die Dokumentationsstelle Brandenburg, Beiträge der Tagung in der Justizschule der JVA Brandenburg am 29./30. Oktober 2002, Münster 2004, S. 37–40, hier S. 37f.
- 5 de Pasquale, Zwischen Resozialisierung und »Ausmerze«, Kapitel 1.3.
- 6 Die Todesstrafe wurde in der DDR 1987 abgeschafft. Letztmalig wurde hier 1981 ein Todesurteil vollzogen. Insgesamt sind während der DDR-Zeit 208 Menschen hingerichtet worden. Siehe Falco Werkentin, Die politische Instrumentalisierung der Todesstrafe in der SBZ/DDR und Bilanz der Rehabilitierung von Verurteilten und deren Angehörigen in der Zeit nach 1990, in: Materialien der Enquete-Kommission zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit, BS.II/1, Baden-Baden 1999, S. 101–192.
- 7 Politische Häftlinge wurden in den Konzentrationslagern mit einem roten Winkel gekennzeichnet. Eine ähnliche Kennzeichnung gab es für die Zuchthausinsassen nicht.
- 8 Sylvia de Pasquale, Gedenkorte in Brandenburg an der Havel, in: Morsch/de Pasquale (Hrsg.), Perspektiven für die Dokumentationsstelle Brandenburg, S. 29–36, hier S. 29–31. Für Hinweise zum Gelöbnis von Bagow danke ich Leonore Ansorg.
- 9 Siehe Foto des Schachspiels in: Max Frenzel/Wilhelm Thiele/Artur Mannbar, Gesprengte Fesseln. Ein Bericht über den antifaschistischen Widerstand und die Geschichte der illegalen Parteiorganisation im Zuchthaus Brandenburg-Görden von 1933 bis 1945, Berlin 1976, Bildteil.
- 10 Stefan Endlich, Die Mahnmalsanlage auf dem Marienberg, S. 38.
- 11 Siehe Frenzel/Thiele/Mannbar, Gesprengte Fesseln, Bildteil.
- 12 de Pasquale, Zwischen Resozialisierung und »Ausmerze«, Kapitel 1.3.
- 13 Morsch, Einleitung, in: Morsch/de Pasquale, Perspektiven, S. 15.
- 14 Problematisch ist allerdings der Mangel an (pädagogischem) Personal für die Gedenkstätten Brandenburg an der Havel. Trotz der Ausweitung der Aufgaben ist im Stellenplan der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten lediglich eine Person für die Betreuung der Gedenkstätten vorgesehen, die sich um die Pädagogik, die Zusammenarbeit mit den Opferverbänden, Forschung, Aufbau von Bibliothek und Sammlung, Repräsentation, die Beantwortung von Anfragen etc. für alle drei Themenbereiche kümmert.
- 15 Dazu: Ansorg, Politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR, 2005.
- 16 Peter Longrich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998, S. 234.

# Gedenk- und Informationsort Tiergartenstraße 4

*Stefanie Endlich*

In einer Villa am Südrand des Berliner Tiergartens war seit Frühjahr 1940 die Planungs- und Verwaltungsbehörde für die »Euthanasie«-Morde untergebracht. Auf dem Baugrund dieses Hauses und der Nachbarhäuser steht heute die Philharmonie, erbaut von Hans Scharoun, eingeweiht 1963. Der Grundriss der historischen Villa überschneidet sich mit dem Foyer des weltberühmten Konzerthauses. Auf dem nordöstlichen Teil des Philharmonie-Vorplatzes, wo sich eine nach dem Fall der Berliner Grenzmauer stillgelegte Bushaltestelle befindet, wird ab Sommer 2013 der nationale »Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde« entstehen. Grundlage für die nationale Bedeutung ist ein Bundestagsbeschluss vom November 2011, in dem auch ein Kostenrahmen von 500 000 Euro für die Realisierung festgelegt ist. Im November 2012 wurde der Gestaltungswettbewerb abgeschlossen. Realisiert wird der Entwurf der Architektin Ursula Wilms, des Künstlers Nikolaus Koliusis und des Landschaftsarchitekten Heinz W. Hallmann.

Nach ihrer Adresse Tiergartenstraße 4 wurden sowohl die Behörde als auch das Mordprogramm selbst benannt. Die »Aktion T4« richtete sich gegen Menschen, deren Dasein die Nationalsozialisten als »lebensunwert« ansahen, vor allem gegen Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten mit psychischen Krankheiten und geistigen Behinderungen, aber auch gegen Menschen mit körperlichen Behinderungen, chronischen Krankheiten, gegen Menschen, die an Epilepsie, Alterssenilität, Geschlechtskrankheiten litten, gegen unangepasste »Asoziale« und gegen Menschen, die aus unterschiedlichen ideologischen Motiven als »minderwertig« angesehen wurden. Kranke Juden waren in besonderem Maße betroffen. Die Tötungen wurden in sechs Mordzentren mit Gaskammern vorgenommen.

Die beteiligten Ärzte und Bürokraten bezeichneten die Mordaktion beschönigend als »Euthanasie«. Mehr als 70 000 Menschen fielen ihr zum Opfer, bis sie im August 1941 aufgrund von kirchlichen Protesten und von Unruhen in der Bevölkerung offiziell eingestellt wurde. Das Morden, das bereits im August 1939 mit einer »Kindereuthanasie«-Aktion begonnen hatte, wurde jedoch nach dem August 1941 dezentral fortgesetzt, sowohl in den Kliniken durch Medikamente, Injektionen und Nahrungsentzug als auch in den besetzten Ländern durch »Freiräumen« der Anstalten für Wehrmacht und SS. Insgesamt starben mehr als 300 000 Menschen durch nationalsozialistische Krankenmorde. Dabei ist allerdings die europäische Dimension, speziell das Geschehen in Osteuropa, bisher noch wenig erforscht.

In beiden Teilen Deutschlands waren diese Opfer wie auch die Opfer der Zwangssterilisationen jahrzehntlang vom öffentlichen Gedenken ausgeschlossen. Die mangelhafte juristische Verfolgung und die verspätete gesellschaftliche Aufarbeitung zeigen, dass sich Ausgrenzung und Stigmatisierung auch nach 1945 fortsetzten. Die nationalsozialistischen Medizinverbrechen, das schlimmste Kapitel in der Geschichte der Medizin, galten als »nicht typisches NS-Unrecht«. Den Angehörigen der Opfer und den Überlebenden wurden Anerkennung und Entschädigung jahrzehntlang verweigert. Auch die Erinnerung an die Rolle der Ärzte und Wissenschaftler als Mittäter und Nutznießer war lange ein Tabu. Bis heute sind die nationalsozialistischen Krankenmorde



Gedenkfeier am  
27. Januar 2012  
Foto: Stefanie Endlich



Der Vorplatz der  
Philharmonie mit  
der Bodenplatte,  
im Hintergrund die  
Informationstafel der  
Topographie des  
Terrors. Foto:  
Alexandra Pohlmeier



Eröffnung der Open-  
Air-Ausstellung mit der  
Gruppe Ramba Zamba.  
Foto: Stefanie Endlich

und Zwangssterilisationen ein schwieriges und in der breiteren Öffentlichkeit noch kaum wahrgenommenes Thema. Erst seit Mitte der 1980er Jahre machten Bürgergruppen, Klinikmitarbeiter, Wissenschaftler und Angehörige der Opfer auf das Thema »Euthanasie« und auf die historischen Orte aufmerksam.

Der Ort der »T4«-Villa war in besonderer Weise vergessen. Anders als bei der Gestapo-Zentrale, deren Adresse Prinz-Albrecht-Straße 8 in ganz Europa bekannt und gefürchtet war, stand die »T4«-Adresse für Tarnorganisationen, deren mörderisches Wirken weitgehend geheim gehalten wurde. Auch bei den Familien der Ermordeten war sie in ihrer Bedeutung nicht bekannt. Nur wenige Dokumente sind erhalten, auf denen die Adresse »Tiergartenstraße 4« überhaupt vermerkt ist. Zum Kriegsende hatte die Villa im Kampf um Berlin starke Zerstörungen erlitten. 1950 wurde das Gebäude gesprengt, 1955 das Grundstück geräumt. Die Entscheidung, genau hier den Philharmonie-Neubau zu errichten, hatte 1959 das Berliner Abgeordnetenhaus getroffen, ausdrücklich auch im Blick auf die Teilung der Stadt und auf die Nähe des Standorts zur innerstädtischen Grenze entlang des Potsdamer Platzes und des Brandenburger Tores, über die hinweg das West-Berliner Konzerthaus gewissermaßen ein Zeichen nach Ost-Berlin aussenden sollte. In den Jahrzehnten seit 1963 entstand hier das Kulturforum mit Philharmonie, Kammermusiksaal, Musikinstrumenten-Museum, Neuer Nationalgalerie, Staatsbibliothek und Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, als West-Berliner Gegenstück zur Ost-Berliner Museums-Insel. Die Rolle der »T4«-Villa in den Jahren ab 1940 spielte dabei keine Rolle. Allerdings wurde damals in Zeitungen und Redebeiträgen auf Albert Speers gigantomanische Nord-Süd-Achse verwiesen, die in unmittelbarer Nähe zur Philharmonie hätte entstehen sollen. Dieser autoritären Planung, so wurde argumentiert, sollte mit dem Kulturforum das Leitbild einer demokratischen »Stadtlandschaft« entgegengesetzt werden. Keine Erwähnung fand damals hingegen, dass nach Hitlers und Speers »Welthauptstadt«-Planungen am Ort der »T4«-Villa eine monumentale »Soldatenhalle« gebaut werden sollte, in Korrespondenz zu den geplanten Totenburgen in den besetzten Ländern des noch nicht einmal begonnenen Zweiten Weltkriegs.

Der Standort der »T4«-Villa am Nordrand dieses Bereichs war jahrzehntelang weder gekennzeichnet noch in Stadtführern erwähnt. 1987, im Jahr des Berliner Stadtjubiläums, organisierte eine Initiativgruppe eine erste Dokumentationsausstellung am historischen Ort. Die Aktion »Mobiles Museum«, betreut von der Berliner Geschichtswerkstatt, fand breite Unterstützung unter anderem von der Aktion Sühnezeichen, der Arbeitsgemeinschaft Geschichte an der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, der Ärztekammer Berlin und der Alternativen Liste. Die kleine Ausstellung mit historischen Informationen und Dokumenten wurde in einem ausrangierten und umgebauten Doppeldecker-Bus gezeigt, von außen grau gestrichen wie jene »Grauen Busse«, die in der NS-Zeit die Patienten in die Tötungsstätten brachten. Erarbeitet wurde die Dokumentation von dem Historiker Götz Aly, der auch das Begleitbuch herausgab: »Aktion »T4« 1939–1945. Die »Euthanasie«-Zentrale in der Tiergartenstraße 4« (Berlin 1987/1989).

Das »Mobile Museum« war eine temporäre Aktion, begleitet von Diskussionen und einer Spendensammlung für ein Denkmal. Der Senat von Berlin folgte jedoch dem Wunsch der Initiativgruppen nach einem Denkmalswettbewerb nicht. Stattdessen beschloss man, eine Skulptur des amerikanischen Bildhauers Richard Serra hier aufzustellen und sie zum Denkmal für die »Euthanasie«-Opfer zu erklären. Serra hatte diese Arbeit – zwei geschwungene Stahlplatten, die einen schluchtartigen Durchgang





Das Denkmal der Grauen Busse vor der Philharmonie, 2008.  
Foto: Stefanie Endlich

lassen – auf einer Kunstaussstellung vor dem Martin-Gropius-Bau gezeigt und zum Kauf angeboten. Der Philharmonie-Standort gefiel ihm besonders gut; er lobte die Korrespondenz zwischen den geschwungenen Formen seiner abstrakten Stahl-Skulptur und den architektonischen Schwingungen des Konzerthaus-Daches.

Als die Skulptur im Januar 1988 dort aufgestellt wurde, war die Empörung unter den Initiativgruppen groß. Ihre Forderung, einen Denkmals-Wettbewerb für diesen speziellen Ort auszuschreiben, war zuvor abgelehnt worden. Um die Widmung für die »Euthanasie«-Opfer deutlich zu machen, ließ man neben Serras Skulptur eine Gedenktafel in den Boden ein, die an die »vergessenen Opfer« erinnert. Ihr Text wurde mit den Initiativgruppen der Aktion »Mobiles Museum« abgestimmt. Er weist auf die »Euthanasie«-Verbrechen und auf die Rolle des Ortes hin und endet mit dem Satz »Die Zahl der Opfer ist groß, gering die Zahl der verurteilten Täter.« Richard Serra selbst sollte ursprünglich diese Tafel gestalten, überließ dies jedoch dem Berliner Bildhauer Volker Bartsch.

Seit der Einweihung am 1. September 1989 finden hier jährlich Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen statt. Die meisten Menschen sehen die Bronzetafel im Boden als eigentliches Gedenkzeichen an. Im Alltag kann man sie jedoch leicht übersehen. Sie ist immer wieder verschmutzt und von der Tiergartenstraße über parkende Autos hinweg kaum wahrnehmbar. Richard Serras Skulptur wiederum erscheint Besuchern und Passanten meist als Kunst am Bau für die Philharmonie, nicht als Denkmal für die »T4«-Opfer. Angesichts dieser schwierigen Gesamtsituation wurden seit 1989 immer wieder Ideen, Vorschläge, Forderungen entwickelt, den Erinnerungsort vor der Philharmonie so umzugestalten, dass er der Bedeutung des Themas gerecht wird und zur Aufklärung beiträgt.

Im Jahr 2007 bildete sich unter dem organisatorischen Dach der Stiftung »Topographie des Terrors« der »Runde Tisch T 4«, ein Zusammenschluss von Gruppen, Verbänden,

Verwaltungsvertretern und engagierten Einzelpersonen. Der Anstoß ging von Sigrid Falkenstein aus, deren Tante Anna Lehnkering im März 1940 in Grafeneck ermordet worden war (siehe auch [www.sigrid-falkenstein.de/euthanasie/anna.htm](http://www.sigrid-falkenstein.de/euthanasie/anna.htm)). Seither hat der Runde Tisch Aktivitäten initiiert oder unterstützt, die dazu beitragen, den Ort wieder stärker ins Bewusstsein der Stadt zu rücken (näheres dazu auf der Website [www.gedenkort-t4.eu](http://www.gedenkort-t4.eu), unter: Gegenwart/Erinnerung im Stadtraum). So kam durch das Engagement von Mitgliedern des Runden Tisches im Januar 2008 für ein Jahr das Denkmal der Grauen Busse auf den Philharmonie-Vorplatz. Als »mobiles Denkmal« ist es der von Ort zu Ort »wandernde« Teil eines Erinnerungsprojektes, das Horst Hoheisel und Andreas Knitz 2007 für das Zentrum für Psychiatrie Weissenau im südbadischen Ravensburg realisiert hatten (siehe GedenkstättenRundbrief 137, 6/2007).

Als Hauptaufgabe sah es der »Runde Tisch T 4« jedoch an, ein Profil für den zukünftigen Erinnerungsort zu entwickeln. Im Juni 2008 stellte die Stiftung Topographie des Terrors eine Informationstafel am Rand des Gehwegs auf, gestaltet von Helga Lieser. Die Tafel informiert über die Funktion der Villa in der NS-Zeit und über die Absicht, hier einen Gedenk- und Informationsort einzurichten. Längst hatte sich der einstige Ort der Täter mit seiner bronzenen Bodenplatte zum zentralen Gedenkort für die Opfer der »Euthanasie«-Morde entwickelt. Speziell an Jahrestagen finden hier Kundgebungen und Kranzniederlegungen statt. Dennoch gab es zunächst schwierige Auseinandersetzungen über seine zukünftige Rolle und Gestaltung. Manche Beteiligte argumentierten, aus Respekt vor den Opfern verbiete sich trauerndes Gedenken an diesem Ort; hier sollten höchstens einige Tafeln mit historischen Informationen aufgestellt werden. Stattdessen, so forderten sie, sollte getrennt davon ein Mahnmal im Kontext der nationalen NS-Gedenkorte errichtet werden, also in unmittelbarer Nachbarschaft zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas. In einem Symposium zum »Umgang mit dem historischen Gelände Tiergartenstraße 4« konnte im Januar 2009 schließlich ein Konsens gefunden werden. Vereinbart wurde, dass man sich gemeinsam für einen »Gedenk- und Informationsort am historischen Standort in der Tiergartenstraße« einsetzen und die Berliner Verwaltungen für Kultur und Stadtentwicklung bitten wollte, »alle Anstrengungen zu bündeln«, um schnellstmöglich einen Wettbewerb zur künstlerischen Gestaltung auszuloben. Dieser Wettbewerb sollte gewissermaßen als vorgezogener Teil der schon lange geplanten, aber immer noch nicht realisierten Freiraumgestaltung der Landschaftsarchitekten Valentien + Valentien für das Kulturforum behandelt werden.

Schon 2007 hatte sich Sigrid Falkenstein mit einer Petition zur Neugestaltung des Erinnerungsortes an den Deutschen Bundestag gewandt und daran erinnert, dass er 1999 in seinem Beschluss zur Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas versprochen hatte, auch »der anderen Opfer des Nationalsozialismus würdig zu gedenken«. Am 10. November 2011 kam schließlich der Bundestagsbeschluss für einen »Gedenkort für die Opfer der NS-»Euthanasie«-Morde« zustande (Drucksache 17/5493). Er definiert die Erinnerung an diese Opfergruppe als eine Aufgabe von nationaler Bedeutung und gesamtstaatlicher Verantwortung. Die Bundesregierung sollte den Parlamentsauftrag gemeinsam mit dem Land Berlin umsetzen und dabei die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden sowie die Topographie des Terrors einbeziehen. Der Bundestagsbeschluss war einstimmig; die Linke enthielt sich, weil sie für die größere Lösung eines Dokumentationszentrums plädierte. Ein solches aktiv arbeitendes Haus hatten sich zunächst auch viele Mitglieder des Runden Tisches erhofft. Ein Neubau



Open-Air-Ausstellung  
 »Tiergartenstraße 4 –  
 Geschichte eines  
 schwierigen Ortes«. Auf der rechten Tafel  
 ein Foto der histori-  
 schen Villa.  
 Foto: Sigrid Falkenstein



Der prämierte Ent-  
 wurf: Blick nach Süden  
 auf die Glaswand; rechts das Informa-  
 tionspult, links die  
 Sitzbank.  
 Fotomontage: Wilms,  
 Koliusis, Hallmann



Blick nach Osten.  
 Fotomontage: Wilms,  
 Koliusis, Hallmann

am Standort Kulturforum wäre jedoch kaum mit dem Denkmalschutz zu vereinbaren. Im Rahmen der im Haushalt des Kulturstaatsministers eingestellten 500 000 Euro hatte dieses Vorhaben auch keine Chancen mehr. Klar war, dass mit dem Bundestagsbeschluss die Weichen für eine Open-Air-Gestaltung gestellt waren.

Aus der Definition »Gedenk- und Informationsort« und der stadträumlichen Situation des weltberühmten Philharmonie-Gebäudes und des Kulturforums im Umbruch ergab sich die besondere Aufgabenstellung für das Verfahren. Der Auslober entschied, nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW 2008) einen Gestaltungswettbewerb mit vorgeschaltetem internationalen Bewerberverfahren durchzuführen, also keinen reinen Kunstwettbewerb. Zugelassen waren ausschließlich Arbeitsgemeinschaften unter Federführung von Künstlern und/oder Gestaltern in Zusammenarbeit mit Landschaftsarchitekten. Erwartet wurde von ihnen hohe professionelle Qualifikation sowie besondere Sensibilität für das schwierige Thema. Ein Auswahlgremium suchte aus 92 Bewerbungen 30 Teams zur Teilnahme aus.

Aufgabe war es, wie es in der Ausschreibung hieß, eine Gestaltungskonzeption zu entwickeln, die der »nationalen Bedeutung des Ortes im zeitgenössischen Gedenkontext gerecht wird«. Anders als das »Holocaust«-Denkmal, anders auch als der Gedenkort für die verfolgten Homosexuellen und das im Oktober 2012 auf einer Tiergarten-Lichtung zwischen Reichstagsgebäude und Brandenburger Tor eingeweihte Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma ist die »T4«-Adresse ein authentischer Ort – nicht der Massenmorde selbst, sondern ihrer verbrecherischen Planungsbürokratie. Ziel sollte es sein, »durch die künstlerische Gestaltung des Ortes vielfältige Ansätze zur gedanklichen und emotionalen Auseinandersetzung mit der Gesamthematik zu schaffen, die auch für nachfolgende Generationen erfahrbar bleiben soll«. Daher war von Anfang an der Informationsanteil am zukünftigen Gedenkort von großer Bedeutung. Vermittelt werden sollen die grundlegenden Kenntnisse über Entstehungsgeschichte, Durchführung und Nachwirkungen der NS-»Erbgesundheits«-Politik, der Krankenmorde und der Verbindungen des »Euthanasie«-Mordprogramms zum »Holocaust«. Dabei soll die Darstellung exemplarischer Lebensgeschichten von Opfern einen besonderen Stellenwert erhalten. Dargestellt werden sollen auch die Bezüge zu den zentralen Mordstätten, an denen es heute Gedenkstätten für die »Euthanasie«-Opfer gibt: Grafeneck (Württemberg), Hartheim (Oberösterreich), Pirna-Sonnenstein (Sachsen), Bernburg (Sachsen-Anhalt), Hadamar (Hessen) und Brandenburg an der Havel. In einer ehemaligen Scheune des alten Zuchthauses der westlich von Berlin gelegenen Stadt Brandenburg waren mehr als 9000 Patienten vor allem aus psychiatrischen Anstalten von Berlin, Brandenburg und Sachsen ermordet worden; mit ihrer Einweihung im Sommer 2012 entstand dort die letzte der »Euthanasie«-Gedenkstätten an den sechs zentralen Orten der Massenmorde (siehe GedenkstättenRundbrief 168, 12/2012).

Für die Vermittlung dieser Informationen sah die Ausschreibung für den zukünftigen Gedenk- und Dokumentationsort »T4« zwei Ebenen vor: eine »SichtbarkeitsEbene«, für die ein Gesamtkonzept zur Präsentation dokumentarischen Materials verlangt wurde, und »Vertiefungsebenen« mit Medienstationen. Gefordert wurde ausdrücklich barrierefreier Zugang, nicht nur als physische Zugänglichkeit, sondern auch als barrierefreie Vermittlung der Inhalte über mehrere Sinne. Menschen mit Behinderungen sollen angesichts des Themas »Euthanasie« von dem zukünftigen Erinnerungsort ganz besonders angesprochen werden.

28 Entwürfe wurden eingereicht. Auf unterschiedliche Weise haben sie das schwierige Spannungsverhältnis von emotionalen und sachlichen Aspekten zum Ausdruck gebracht. Wettbewerbsaufgabe war auch, die historische Adresse »T4« kenntlich zu machen beziehungsweise als Entwurfs- und Denk-Ebene in die Konzeption einzubeziehen. Es zeigte sich allerdings, dass die Villa als Ort der Täter in Entwürfen mit einer räumlich wirkenden, über eine Bodenmarkierung hinausgehenden Nachzeichnung der Fläche oder des Umrisses eine allzu dominante Wirkung entfaltete. Manche Teilnehmer entwarfen Naturmetaphern, gärtnerische, skulpturale, labyrinthische Formationen oder begehbare Schriftbilder als Rahmen für die historischen Informationen.

Die Jury bestimmte in mehreren Rundgängen einen ersten, einen zweiten und einen dritten Preis sowie drei gleichrangige Ankäufe. Der zweite Preis ging an Dreier Frenzel Architektur + Kommunikation mit Susanne Muller (visual artist) und Axel Klapka (k1 Landschaftsarchitekten), Berlin/Lausanne. Sie wollten die Opferbiografien und Informationen am Rand des Geländes präsentieren; auf dem »T4«-Areal selbst, auf seinem im jetzigen Zustand belassenen Straßenboden der stillgelegten Bushaltestelle, sollte ein kleiner Roboter mit Kreide den Satz »I love you« schreiben, kontinuierlich, zufallsgesteuert und immer wieder vom Regen weggewaschen. Der dritte Preis ging an Dagmar von Wilken (Ausstellungsgestaltung) mit Henningsen Landschaftsarchitekten, Berlin, für ihren Entwurf einer begehbaren Raumplastik; ihr Grundriss leitet sich aus der abstrakten Chiffre der »T4«-Adresse ab und sollte als Informationsträger für Dokumentation und Medienstationen dienen. Ankäufe erhielten Martin Bennis, Berlin, mit Weidner Händle Atelier Stuttgart und Frank Lohrberg Stadtlandschaftsarchitektur Berlin, Frank Dölle (D + S Architekten GbR) mit Frédéric Guille und Landschaftsarchitektur Birgit Hammer, Berlin sowie Horst Hoheisel mit Andreas Knitz und Christian Feusel (stadt-land-see), Kassel/Lindau.

Für die Realisierung wählte die Jury mit acht von insgesamt neun Stimmen den Entwurf von Ursula Wilms, Nikolaus Koliusis (bildender Künstler) und Heinz W. Hallmann aus; die Architektin Ursula Wilms hatte gemeinsam mit dem Landschaftsarchitekten Heinz W. Hallmann das 2010 neu eröffnete Dokumentationszentrum der Topographie des Terrors gestaltet. Ihr Entwurf für den »T4«-Erinnerungsort arbeitet mit abstrakten Elementen (»nur Material, Farbe und Form«, so die Verfasser) und verzichtet bewusst auf eine Nachzeichnung des historischen Villengrundrisses. Drei parallele, von der Straße zur Philharmonie verlaufende Elemente auf schwarzem, leicht schrägem Beton-Grund gliedern und prägen den Ort: eine große, blaue Glaswand, ein lang gestrecktes, winkelförmiges Pult als Informationsträger für die Open-Air-Ausstellung und drei Medienstationen sowie eine Sitzbank aus Beton als Ruhebereich und Treffpunkt. Die bronzene Gedenkplatte von 1988 verbleibt an ihrem Standort und wird in das Konzept integriert. Die Glaswand, so die Verfasser, soll Sinnbild sein für die Verbindung des Betrachters zu den »zwar physisch getöteten, aber durch unser Nicht-Vergessen und Erinnern doch weiter lebenden Menschen«. Die dunkle Fläche »steht für die ›Schräglage‹ und den immer bleibenden ›negativen Abdruck‹, den die ›Euthanasie‹ des NS-Staates in der Geschichte unserer Gesellschaft hinterlassen hat«.

Hierzu formulierte die Jury: »Ein fragiler Ort, ein zurückgenommener, zurückgewonnener Ort in der Stadt. Der Gedenk- und Informationsort ... drängt sich nicht auf und ist doch, durch die lange hellblaue Wand, unübersehbar. Wenige starke Elemente prägen das Konzept. Ein dunkler Untergrund, in leichter Schräglage gekippt, mar-

kiert das Grundstück. Der Villa wird keine Referenz erwiesen, sie bleibt unsichtbar. In der Mitte des Platzes steht eine große hellblaue Glaswand, auch sie scheinbar zufällig gesetzt. Sie bildet die symbolische Trennung derer, denen Unrecht geschah, von denen, die die Verbrechen begingen ... Trotz der geometrischen Strukturen des Entwurfs werden keine Richtungen aufgebaut, vielmehr treten durch die leichten Verschwenke, durch horizontale wie vertikale Kippungen und vor allem durch die hellblaue Glaswand Irritationen auf, die falsches Pathos nicht aufkommen lassen, aber nachdenklich machen.«

Auf den 1. September 1939, den Tag des Kriegsbeginns, war Hitlers »Euthanasie«-Befehl vom Oktober 1939 vordatiert worden, um die Krankenmorde als kriegswichtig zu legitimieren. Zum Jahrestag am 1. September 2013 sollte der Gedenk- und Informationsort eigentlich schon eingeweiht werden, doch viele inhaltliche, medientechnische und Kosten-Fragen sind noch nicht gelöst. Zum einen ist für ein derart gesellschaftsrelevantes Projekt von »gesamtsstaatlicher Verantwortung« die Realisierungssumme mit 500 000 Euro viel zu knapp kalkuliert. Ein Vergleich mit den 2,8 Millionen Euro für das Sinti- und Roma-Denkmal wirft kein gutes Licht auf die Prioritätensetzung des Bundes und zeigt, wie nachlässig mit dem lange verdrängten Thema »Euthanasie«-Erinnerung auch heute noch im politischen Raum umgegangen wird. Zum Zweiten wurden die Produktionskosten der Inhalte und die Unterhaltskosten der Medienstationen bisher weder genau kalkuliert noch haushaltsmäßig gesichert. Zum Dritten konnte die DFG-finanzierte Arbeitsgruppe des Transferprojektes »Erinnern heißt gedenken und informieren: Die nationalsozialistische »Euthanasie« und der historische Ort Berliner Tiergartenstraße 4« – ein Historiker-Team, das in Zusammenarbeit mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas die Text- und Bild-Inhalte erarbeiten soll – erst im Frühjahr 2013 die Arbeit aufnehmen. Angestrebt wird nun ein symbolischer erster Spatenstich im Sommer 2013; die Einweihung kann vermutlich 2014 stattfinden.

Zur Einstimmung sei hier auf eine temporäre Ausstellung am Standort der historischen Villa und des zukünftigen Gedenk- und Informationsortes hingewiesen, erarbeitet von einem unabhängigen Autorenteam (Sigrid Falkenstein, Petra Fuchs, Helga Lieser, Alexandra Pohlmeier, Ralf Sroka und die Autorin dieses Beitrags Stefanie Endlich). Sie kam im Rahmen des Themenjahres 2013 »Zerstörte Vielfalt« zustande. Die Open-Air-Ausstellung mit dem Titel »Tiergartenstraße 4 – Geschichte eines schwierigen Ortes« verknüpft die bürokratische Organisation der NS-Krankenmorde mit dem Schicksal von Anna Lehnkering. Ein Großteil der Täter, die Annas Lebensweg unmittelbar kreuzten und in unterschiedlichen Funktionen an ihrer Ermordung in der Gaskammer von Grafeneck mitwirkten, stand in Verbindung zur Tiergartenstraße 4 oder hatte hier ihren Dienstsitz. Darüber hinaus wird – auch mit einigen bisher unbekanntenen Dokumenten und Fotos – die Geschichte der »T 4«-Villa mitsamt ihrer Vor- und Nachgeschichte veranschaulicht. Die Eröffnung am 5. Mai wurde begleitet von einem bewegenden Auftritt der Gruppe Ramba Zamba, einem Theaterprojekt von Menschen mit Behinderungen. Die Präsentation ist als Wanderausstellung konzipiert. Sie soll bis zum 17. November auf dem Philharmonie-Vorplatz verbleiben (siehe [www.t4-ausstellung.de](http://www.t4-ausstellung.de)).

**Prof. Dr. Stefanie Endlich** ist Kunstpublizistin und Mitglied des »Runden Tisches T 4«: Sie war Jurymitglied beim Gestaltungswettbewerb für den zukünftigen Gedenk- und Informationsort.